

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen vierteljähr. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein, und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 195.

Dresden, Montag den 24. August 1908.

19. Jahrg.

Friedensdemonstration der englischen und deutschen Arbeiter.

Die englische Arbeiterpartei hat, wie schon mitgeteilt worden ist, den Beschluß gefaßt, eine Anzahl Delegierter nach Deutschland zu senden, um der deutschen Arbeiterschaft einen Besuch abzustatten und mit ihr gegen die Kriegstreiberie in England und Deutschland zu protestieren. Der Beschluß soll in der zweiten Hälfte des September zur Ausführung gelangen. Am Sonntag den 20. September wird in Berlin eine große, vom Ausschuß der Gewerkschaftskommission und vom Aktionsausschuß der Partei gemeinsam einberufene Volksversammlung stattfinden, in der eine aus 20 Personen bestehende Deputation englischer Arbeiterführer eine Adresse der Arbeiter Großbritanniens an die Arbeiter Deutschlands überreichen wird. In dieser Adresse wird Stellung genommen gegen die Kriegstreiberie. Das Manifest ist unterzeichnet von 50 Parlamentariermitgliedern und 2000 Leitern von Gewerkschaften, Gewerkschaften, Krankenkassen und anderen Organisationen.

Mit der Arbeiterschaft Berlins wird die Arbeiterschaft des ganzen Deutschlands die englischen Freunde aufs herzlichste willkommen heißen zu einer Kundgebung, die in der gegenwärtigen Zeit der internationalen Bestimmungen und Forderungen von größter Bedeutung ist. Es ist ein ebenso kluger wie entzückender Entschluß der englischen Arbeitervertreter, dem deutschen Volk einbringlich zu zeigen, wie weit die hier zu Lande übliche Englandsbegeisterung sich von der Wahrheit entfernt. Die Berliner und die deutsche Arbeiterschaft mögen den englischen Gästen den Beweis erbringen, daß sie gleichfalls entschlossen sind, alles zu tun, um den Frieden zwischen den beiden Völkern zu erhalten und um den friedensliebenden Beiträgen der herrschenden Klassen entgegenzutreten.

Es kennzeichnet die Unwissenheit und das Angeficht unserer alldeutschen Presse, wenn sie dieses bedeutungsvolle Ereignis, das zweifellos seine Schatten auch auf die Nürnberger Parteitagswache vorauswerfen wird, mit trübseligem und wackelnden Kommentaren dieser Art einleitet: „Dadurch dürfte der Weltfrieden gesichert sein!“ „Nun wird ja das deutsch-englische Verhältnis sicherlich in schönster Ordnung kommen.“ Woher mit solchen Bemerkungen gefaßt sein soll, daß das arbeitende Volk Deutschlands nicht dazu da sei, seine Anschauungen zur Weltung zu bringen, sondern nur dazu, willenlos zu zahlen und zu bluten, kommt wenigstens die Gesinnung dieser Herren treffend zum Ausdruck. Aber als „Realpolitiker“, die sie ja sein wollen, müssen sie eigentlich bedenken, daß die englischen Arbeiter das nicht sind, was die deutschen Arbeiter nach den alldeutschen Wünschen sein sollen. Jeder, der die Entwicklung der parteipolitischen Verhältnisse Englands mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt, muß damit rechnen, daß die englische Arbeiterpartei in wenigen Jahren vollständig in der Lage sein wird, über Krieg und Frieden in Europa zu entscheiden. Von dem Besuch der englischen Arbeiter in Berlin wird es zum guten Teile abhängen, ob das englische Proletariat die optimistische Auffassung der Kameraden eine wirksame Unterstützung der Friedenspolitik erwarten, oder ob es sich zu Hundmanns und Blatzfords unheilvoller Anschauung befehrt, die kein Ende mehr sieht, denn ein Ende mit Schrecken und die darum die Völker Westeuropas aufruft zum Schutze ihrer Kultur und ihrer bürgerlichen Freiheiten vor der hölzernen Götzen.

Das Berliner und das deutsche Proletariat will die Friedensboten der englischen Arbeiterschaft nicht so heimfenden, wie die deutsche Regierung den Repräsentanten des englischen Abstraktionsgedankens, Lloyd George. Auch jene kommen nicht bloß, um Worte zu hören, sondern um Taten zu sehen, und sie wollen die Berücksichtigung mit nach Hause nehmen, daß nicht bloß die englische, sondern auch die deutsche Arbeiterdemokratie Waffen besitzt, um die Regierung zum Frieden zu zwingen. So verweist der bevorstehende Besuch der Engländer die deutsche Arbeiterklasse auf wichtige und verantwortungsvolle Aufgaben, sicher die weitest wichtigen und verantwortungsvollsten, die sie in diesem Augenblick zu erfüllen hat.

Einige Bismarck-Erinnerungen

veröffentlicht v. v. Polzinger in der Neuen Freien Presse. Die Veröffentlichung beschäftigt mancherlei Episoden des Bismarckschen Tuns und wirft ganz interessante Streiflichter auf das Verhältnis zum jetzigen Kaiser, auf die Verwendung des Welfenfonds, auf den Fall Bismarck gegen den Nachfolger Caprivi, auf sein Millionärsgeldvermögen. Insbesondere wird durch diese Veröffentlichung in klassischer Weise bestätigt, welche Absichten mit den Februarverträgen vom Jahre 1890 verfolgt wurden. Aber die Sozialdemokraten ließen sich freilich nicht fangen wie Mäuse sich mit Speck in eine Falle locken lassen. Ebenso bestätigt Bismarck seine andauernde Zärtlichkeit für das gewalttätige Ausnahmegesetz, dessen Verhängung ihn für alle Zeit unter die reaktionären und brutalsten Gestalten der Geschichte stellt. Polzinger erzählt unter anderem von einem Gespräch im Mai 1894:

„Ich erzählte, daß der Finanzminister Mikael sich mir gegenüber in begeisteter Weise über Bismarck ausgesprochen und nicht minder kompatibel über seinen Erbgeborenen. „Ja“, erwiderte Bismarck, „ich hätte ihn gerne genommen, aber er war immer ein Waffner, auf dessen Grund ich nicht stehen konnte. Als er mir seine Theorie von dem Eigentum am Walde vortrug (Baugigentum), wandte ich ihm ein, daß das alles gut sei, aber dann schafften Sie und auch wieder die alten Deutschen zur Stelle, mit den Tieren usw. An meinem Grundstücke, Mikaelnäre zu züchten — was Mikael gewiß nicht tut — halte ich fest. Wie unüberlegt war doch Caprivis Rennerung, worin er sich rühmte, kein Ur zu besitzen.“ Ich charakterisierte Caprivis Talentlosigkeit für den gegebenen Posten. Das einzige, was ich Gutes von ihm zu sagen wußte, ist, daß er fleißig ist. „Das hätte ich nicht angenommen“, erwiderte Bismarck. „Wenn ich jetzt, das er stundenlang im Reichstag sitzt und über Jappalins spricht, so muß ich sagen, er verdient keine Zeit schlecht an. Wenn ich im Reichstag war, habe ich immer dort gearbeitet, wenn ich nicht zum Sprechen gerufen war. Er ist ganz schlecht beraten durch Göring (Vorf des Reichstages), der erblindet war, weil ich zu der Überzeugung kam, daß er die zu seiner Beförderung auf einen höheren Posten nötigen Eigenschaften nicht besaß. Caprivi ist kein Praktiker, er hat zu lange von der Rheinbahn gelebt, um nicht von Witznauit gegen den Reichstag befreit zu sein.“

Ich lenkte die Rede auf die Bismarck einige Tage vorher von mir eingeleitete Broschüre, betitelt Caligula, eine Studie über römischen Kaiserwahnsinn in der Gesellschaft, Monatschrift für Kunst, Literatur und Sozialpolitik.

Bismarck: „Was ist der Verfasser?“
„Er ist“, bemerkte ich, „Professor in München, Herausgeber der Deutschen Reichsboten des 15. Jahrhunderts und der deutschen Heilskunst für Selbstheilungskunst.“ (Kurbe).

„Ich habe das Buch“, bemerkte Bismarck, „sofort gelesen; es ist mit Gefühl geschrieben, bis auf den Schluß. Was halten Sie davon?“
„Ich erwiderte, der Gehalts, den Kaiser durch ein antikes Vorbild zu veranschaulichen, sei nicht neu.“

„Er hätte“, warf Bismarck ein, „die Abstammung gewisser Worte durch gesperrten Druck unterlassen sollen.“ Und nun charakterisierte Bismarck den Kaiser, doch ohne Bitterkeit. „Es wäre ihm mehr Geduld zu wünschen, am Stubierisch zu sitzen. Schlimm ist es, daß er sich in die Dingen, die er nicht versteht, einmischt. Er kann den Augenblick, da er als der große Weltbildler dasteht, nicht erwarten. Auch die Arbeiterproklamationen, die eigentlich den Ruf nach unserer Trennung geben haben, geöhren in dieses Kapitel. Der Kaiser verlor sich davon goldenen Berge, ich sagte, nachdem ich das Schlimmste daraus entnommen hatte: Das beste ist — so sagte ich ihm — Rasiermesser greifen die Seiten und werfen die Stücke ins Feuer. Er aber ließ sich nicht überreden, glaubte, damit die Sozialdemokraten wie mit dem Speck die Hand zu fangen, und wünschte, dieselben sollen sofort in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung und im Reichsanzeiger veröffentlicht werden. Mit der Aufhebung des Sozialistengesetzes hätte es eine ähnliche Bewandnis. Ich sagte dem Kaiser, wenn Sie den Mut haben, bereinigt bis an die Stiefel im Bürgerdiat zu waten, dann haben Sie das beste auf. Andernfalls lassen Sie es bei dem Proletariat.“

Polzinger brachte das Gespräch auf den Minister Böttcher und den Welfenfonds. Bismarck erzählt hierüber:

„Als die Schuldenlast Böttchers drückte, wahrscheinlich weil die Bankiers ungeduldig wurden, beichtete er mir, was auch ganz in der Ordnung war, da Bismarck, welche Schulden haben, besonders Wechsel-schulden, im Grunde nicht mehr bezahlen dürfen und, wenn sie nicht freiwillig gehen, durch Disziplinargesetz aus dem Amt entsetzt werden müssen. Ein Beamter, zumal in so hoher Stellung, in Abhängigkeit von Geldgebern ist ganz unüblich. Ich sah also die Schuldenlast unter Inanspruchnahme des Welfenfonds, weil Böttcher mir brauchbar erschien, das heißt, einen Lauenburger, den ich ihm gab, vornehmlich in kleine Münze umzuwandeln verstand. Ich denke darüber heute noch ganz ebenso wie damals vor vier Jahren.“

Ich fragte Bismarck, ob er mir nicht den Schiler über die Verwendung des Welfenfonds etwas läßt möchte. „Hierüber sind“, bemerkte Bismarck, „gemeinlich ganz falsche Ansichten verbreitet. Die deutsche Presse, die als der hauptsächlichste Kostgänger angesehen wird, hat davon höchstens fünf Prozent bezogen. Mir stand in stündem die Norddeutsche Allgemeine Zeitung zur Verfügung, der ich stichweise Mitteilungen zugehen lassen konnte, wenn dies auch oft nur in längeren Zwischenräumen der Fall war. Der Reichskanzler braucht bei der Presse nicht zu bestehen. Die Zeitungen drängen sich an ihn heran wegen der ihnen von dem Auswärtigen Amt zustehenden wertvollen Informationen. In der Regel sind dies die Neugierigen dafür, daß sie die Politik der Regierung verteidigen. Große Summen aus dem Welfenfonds verhängen dagegen unfre auswärtigen Geldanstellungen. Mit einigen Tausend erreicht man nichts, aber mit 50000 bis 80000 Mark kann man im Ausland so manches durchsetzen. Sehr viel erzählt der Kriegsminister, der die Gelder zum Teil dazu verwendet, um mich zu überreden.“

Politische Uebersicht.

Die Trennung der Kirche vom Staate in der Schweiz.

Von unserem Korrespondenten.

Z. Basel, 20. August.

Die Trennung der Kirche vom Staate in Genf hat jenseit der Diskussion über diese Frage auch in mehreren anderen Kantonen in Fluß gebracht, aber sie ist bis auf Basel resultatlos verlaufen. Die sozialistischen Parteien, deren Zahl sich stets vermehrt, sind wohl meistens Gegner der Trennung, weil dann die Kirche erst recht der Herrschaft der Reichen angeliefert und kein Raum mehr für Sozialdemokraten in ihr sein würde, während beim heutigen Zustand auch die Kirche in den Dienst des Sozialismus gestellt werden könne. Ueber diese Auffassung kann man sehr verschiedener Ansicht sein; in Basel war es die sozialdemokratische Fraktion des Großen Rates, die die Initiative zur Trennung ergriff und zunächst erreichte, daß die Regierung einen bezüglichen Auftrag erhielt. In Ausführung desselben hat sie nun dem Großen Rate eine Vorlage unterbreitet, die im wesentlichen folgendes bestimmt:

Die reformierte und die christlich-katholische Kirche des Kantons gelten als öffentlich-rechtliche Personlichkeiten. Sie ordnen ihre Verhältnisse selber, bedürfen aber — ausgenommen bei rein kirchlichen Bestimmungen — für ihre Verfassung und ihre allgemeinen Erlasse der Genehmigung des Regierungsrates. Die reformierte und die christlich-katholische Kirche verwalten ihr Vermögen selbständig unter Oberaufsicht des Regierungsrates. Sie sind berechtigt, im Bedarfsfalle Kultussteuern von ihren Angehörigen zu erheben. Ihre Steuerklasse sind der regierungsrätlichen Genehmigung zu unterbreiten. Alle übrigen Kirchen stehen unter den Grundätzen des Privatrechts. Die Bestimmungen des Bundes und der Kantonsverfassung bleiben vorbehalten. Mit Ausnahme der Ausgaben für den Dienst der Geistlichen an den öffentlichen Spitälern, Schulen, Gefängnissen, Waisen- und Zwangsjugendanstalten dürfen eigentliche Kultuszwecke aus Staats- und Gemeindefonds nicht unterstützt werden. — Die neuen Bestimmungen sollen am 1. Januar 1910 in Kraft treten. Mit diesem Tage fallen alle Ausgaben für Kultuszwecke aus dem Staatsbudget weg, mit Ausnahme der Pensionen und der Besoldungen der Kirchenbeamten bis zum Ablauf ihrer Amtsdauer. Der Regierungsrat hat auf den nämlichen Zeitpunkt der christlich-katholischen Kirche die Predigerkirche mit dem dazugehörigen Pfarrhaus als Eigentum abzutreten und ihr ferner vom 1. Januar an 150 000 Frank in drei Jahresraten aus allgemeinen Staatsmitteln zuzuwenden. Der römisch-katholischen Gemeinde wird vom Regierungsrat auf 1. Januar 1910 an der Klarikirche ein höchst persönliches Nutzungsrecht zu Kultuszwecken nach Maßgabe des schweizerischen Zivilgesetzbuches unentgeltlich zugesichert. Aus allgemeinen Staatsmitteln werden der römisch-katholischen Gemeinde 150 000 und der israelitischen Gemeinde 15 000 Frank zugewiesen.

Das Gesetz unterliegt nach seiner parlamentarischen Erledigung natürlich noch der Volksabstimmung. Da aber mit den Sozialdemokraten auch die Katholiken für die Trennung eintreten, weil sie in Basel keine wertvollen staatlichen Privilegien besitzen, ferner voraussichtlich auch ein Teil der Freisinnigen, so dürfte auch hier die Trennung der Kirche vom Staate beschlossen werden und sich mit diesem Fortschritt Basel als zweiter Kanton Genf anreihen.

Abdul Asis geschlagen.

Vor wenigen Tagen noch meldeten Nachrichten, die meist französischen Quellen entstammten, von überraschenden Erfolgen Abdul Asis. Jetzt hilft kein Beugnen mehr: Abdul Asis ist geschlagen worden; er hat eine so empfindliche Niederlage erlitten, daß sie das Ende seiner Sultanherrlichkeit bedeutet. Ueber der französischen Seite nach die französische Freundschaft haben verhindern können, daß Ruler Kasib triumphierte. Wenn sich auch die Meldung, Abdul Asis sei gefangen genommen worden, nicht bestätigt, so sieht doch fest, daß er seiner letzten Hilfsmittel beraubt und daß jede Möglichkeit eines neuen Erfolges ausgeschlossen ist.

Ruler Kasib ist Herr der Situation. Vor nicht allzu langer Zeit fand die türkische Gesandtschaft in Europa noch verschlossene Türen, überall wurde ihr der „offizielle“ Empfang verweigert. Jetzt wird den Abgeordneten kaum etwas anderes übrig bleiben, als Ruler Kasib anzuerkennen. Im englischen Parlamente wurde nach der Abweisung der Gesandten Ruler Kasibs erklärt, England könne nicht zwei Sultane zugleich als Herrscher über Marokko anerkennen; nun Ruler Kasib in Wahrheit der einzige Sultan ist, wird es mit seiner Anerkennung nicht zögern.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß Ruler Kasib nach Komplikationen zu überwinden hat, ehe von einer endgültigen Beruhigung Marokkos die Rede sein kann. Für die französischen Kolonialpolitiker bedeutet aber der Erfolg eine unerwartete große Schwierigkeit, und sie werden Mühe haben, Mittel und Wege zu finden, ihre Marokkopläne nach der neuen Wendung der Dinge erfolgreich weiter durchzuführen.

Folgende Meldungen über den Entscheidungsmampf zwischen Ruler Kasib und Abdul Asis liegen vor:

Tanger, 22. August. Hier ist die Meldung eingetroffen, daß die Mahalla des Sultans Abdul Asis 60 Kilometer vor Marzouf durch El Klaui vollkommen geschlagen worden ist. Der Sultan selbst ist entkommen. In dem noch zu Tanger gehörenden Gebiete am roten Berg hat ein Zusammenstoß zwischen einer Truppenabteilung des Rulers und einer Kasibischen, aus Andhera-Leuten gebildeten Mahalla stattgefunden. Hierbei wurden der Rulersleute getötet und drei schwer verwundet. Die Soldaten des Rulers sind zum Feinde übergegangen.

Das organische Leben in der Arbeiterschaft

Stimmen und Silber

Zur Niederlage Abdul Ahs' geben der Deutschen Kabinett...
Zur Niederlage Abdul Ahs' geben der Deutschen Kabinett...

Paris, 22. August. Seit 24 Stunden wachte man in Tanger...
Paris, 22. August. Seit 24 Stunden wachte man in Tanger...

Tanger, 22. August. Der hier eingetroffene Befehlshaber...
Tanger, 22. August. Der hier eingetroffene Befehlshaber...

Paris, 23. August. Ein Telegramm des Generals d'Amade...
Paris, 23. August. Ein Telegramm des Generals d'Amade...

Madrid, 23. August. Nach einer Mitteilung des spanischen...
Madrid, 23. August. Nach einer Mitteilung des spanischen...

Tanger, 23. August. Unter dem Kommando des Tangen...
Tanger, 23. August. Unter dem Kommando des Tangen...

Tanger, 23. August. Die Krieger der Stadt begaben sich...
Tanger, 23. August. Die Krieger der Stadt begaben sich...

Tanger, 23. August. Die höchsten Behörden haben an alle...
Tanger, 23. August. Die höchsten Behörden haben an alle...

Paris, 23. August. Eine Note der Senece Sabas meldet...
Paris, 23. August. Eine Note der Senece Sabas meldet...

Paris, 23. August. Es ist in Paris glaubhaft zu werden...
Paris, 23. August. Es ist in Paris glaubhaft zu werden...

Paris, 23. August. Der Temps schreibt: Da ganz Europa...
Paris, 23. August. Der Temps schreibt: Da ganz Europa...

Deutsches Reich.

Dürren Frauen an Wählerversammlungen teilnehmen?
In Preußen fanden im Mai zwei Landtagswähler...

Zur Schilling-Affäre.

Eine Siegesbotschaft glaubte die Hochfreisinnige Post...
Eine Siegesbotschaft glaubte die Hochfreisinnige Post...

Während Herr v. Tolaga einen standesgemäßen Statort...
Während Herr v. Tolaga einen standesgemäßen Statort...

Die Freisinnigen halten die Persönlichkeit des Gubener...
Die Freisinnigen halten die Persönlichkeit des Gubener...

Reichsverbands-Decker.

Der Reichsverbands-Decker befindet in seiner neuesten...
Der Reichsverbands-Decker befindet in seiner neuesten...

Als Lehrer stellen sich 81 Reichsverbänder zur Verfügung...
Als Lehrer stellen sich 81 Reichsverbänder zur Verfügung...

Die Arbeiterpartei lassen es sich ein solches Stück Geld...
Die Arbeiterpartei lassen es sich ein solches Stück Geld...

Militärjährg.

Napfmeißler Wadslu vom Göltinger 19. Infant. Reg...
Napfmeißler Wadslu vom Göltinger 19. Infant. Reg...

Auf eine ungebührliche Behandlung" entfällt also eine...
Auf eine ungebührliche Behandlung" entfällt also eine...

Die Anstalten einer Kaisergeburtstagsfeier.

Aus Dießbaden wird der königlichen Zeitung berichtet: Am...
Aus Dießbaden wird der königlichen Zeitung berichtet: Am...

Das landwirthliche Jergarteln.

Eine ganz hübsche Illustration preussischer Verwaltungs...
Eine ganz hübsche Illustration preussischer Verwaltungs...

Verwaltung. Vor zehn Jahren wurde, obgleich ein schönes...
Verwaltung. Vor zehn Jahren wurde, obgleich ein schönes...

Eine vernünftige Verfügung ist von der bairischen...
Eine vernünftige Verfügung ist von der bairischen...

Die Landtagswahl in Kaiserlautern. Die Frankfurter...
Die Landtagswahl in Kaiserlautern. Die Frankfurter...

Vom Polenkrieg. Ein Erlaß des preussischen Ministers...
Vom Polenkrieg. Ein Erlaß des preussischen Ministers...

Das „Hinwinken" ist natürlich so zu verstehen, daß...
Das „Hinwinken" ist natürlich so zu verstehen, daß...

Geheimbundsprojekte. Gegen polnische Arbeitervereine...
Geheimbundsprojekte. Gegen polnische Arbeitervereine...

Wegen der Artikel über die Promotion des Bringen...
Wegen der Artikel über die Promotion des Bringen...

Zum Calenburgprozeß. Nach einem Gutachten, das...
Zum Calenburgprozeß. Nach einem Gutachten, das...

Keine politische Nachrichten. Die Polizei nahm am Sonn...
Keine politische Nachrichten. Die Polizei nahm am Sonn...

Ausland.

England.

Englische Flottenrüstungen. London, 23. August. Der Oberster...
Englische Flottenrüstungen. London, 23. August. Der Oberster...

Hortwegen.

Allgemeines Wahlrecht für Frauen. Die norwegische...
Allgemeines Wahlrecht für Frauen. Die norwegische...

Türkei.

Das Reformwerk. Wien, 23. August. Die politische Korrespondenz...
Das Reformwerk. Wien, 23. August. Die politische Korrespondenz...

Vertical text on the right edge of the page, likely from an adjacent page or a margin note.

Einmalen im Kreisverkehr, Paket- und Postanweisungsdienst sowie im Telegraphen-Departement zu verzeichnen.

Die türkische Frage.

Konstantinopel, 23. August. Das Jungtürkische Komitee erklärt feierlich eine Wiener Meldung des Temps, daß das türkische Parlament sich mit der türkischen Frage zuerst beschäftigen und eine Intervention der Signatarmächte verlangen werde, für falsch, tendenziös und verleumderisch.

Konstantinopel, 23. August. Türkische Blätter melden, daß ein Frage über die Abberufung der Botschafter in Berlin und Wien und des Gesandten in Belgrad erlassen ist. Alle drei erhielten Befehl, nach Konstantinopel zu kommen.

Der von dem Minister des Innern Reschid Rifis neuerlich angebotene Rücktritt ist genehmigt worden. Der Oberstaatsminister Osman hat seine Demission zurückgezogen.

Das Osmanische Komitee für Einheit und Fortschritt teilt mit, es sei mit dem Pariser Komitee zu bestem Einvernehmen gelangt. Die beiden Komitees werden unter dem Namen und mit dem Programm des Osmanischen Komitees für Einheit und Fortschritt zusammenarbeiten.

Rußland.

Rußlands Flottenrüstungen.

Petersburg, 22. August. In der heute abgehaltenen vereinigten Sitzung des marinetürkischen Komitees und des Admiralitätsrates über den Bau der russischen Panzerschiffe wurde die italienische Firma Cuniberti fallen gelassen. Es steht daher fest, daß die Bestellung der Panzerschiffe der Hamburger Firma Blohm u. Voß zu fallen wird, die die besten Pläne eingereicht und annehmbare Preise eingeleistet hat.

Die schwarzen Kabinette.

In einem Artikel über die schwarzen Kabinette in Rußland vertritt der Kappad nach dem Botschafter ein ferngegendes Geheimdokument vom Jahre 1903, das aber auch heute noch wertvoll ist. Hier der Inhalt:

Vertraulich!

Der Leiter des Hauptpost- und Telegraphenamts Nr. 287.

Vorgelegt dieses, der Leiter der Warshauer Gendarmerie-Abteilung der Czara, Hauptmann Kowalewski, hat das Recht, Befestigungen vorzunehmen und im Bedarfsfalle die Originale der Depeschen, die aus dem Post- und Telegraphenbureau abgeholt worden sind, herauszunehmen. In diesem Fall soll hierüber ein Protokoll mit der Unterschrift des Leiters der Institution und des Hauptmanns Kowalewski abgefaßt werden.

Der Leiter des Hauptamts E. Andreyewski.

14. Juli 1903.

Der Abteilungsleiter des Kommissars. Sehr häufig ist uns aus russischen Quellen mitgeteilt worden, daß die schwarzen Kabinette in den russischen Konsulaten auch heute noch im Gange sind, um der Briefe an und von „verdächtigen“ Personen habhaft zu werden.

Petersburg, 23. August. In den neun Monaten bis zum 1. Juli a. St. verkaufte die Bauerngenossenschaft an Bauern 4898 bezugsfähige Güter mit einem Areal von insgesamt 5 451 775 Desjätinen für 698 Millionen Rubel, ferner 571 054 Desjätinen für 36 1/2 Millionen Rubel. Bis zum 1. Juni erklärten in 40 Gouvernements des europäischen Rußlands 570 756 Bauern ihre Absicht, vom Gemeindefiskus zum Einzelbesitz überzugehen.

Perrien.

Der Minister.

Petersburg, 23. August. Aus Paris läuft die Bestätigung der Nachricht ein, daß Sata Khan vom Schah den zur Unterwerfung von Tabris entsandten früheren Kriegsminister Sin ed Daulsch mit einigen hundert Reitern umzingelt und gefangen genommen hat. In Tabris herrscht völlige Ruhe. Die Revolutionäre erhalten fortgesetzt Verstärkungen aus dem Kaukasus.

Internationaler Esperanto-Kongreß.

Dresden, 21. August.

Der Internationale Esperanto-Kongreß hielt heute seine dritte allgemeine Sitzung in der Aula der Technischen Hochschule ab. Eine Reihe von Begrüßungstelegrammen wurde beifällig aufgenommen. Der Kongreß nahm auch heute die Begrüßungsrede eines verspätet eingetroffenen Delegierten entgegen; er kommt von den Philippinen und preist das Esperanto als einziges Mittel der Verständigung zwischen Bräunen, Gelben und Weißen, deren gegenseitiges Nichtverstehen schon zu viel Blutvergießen geführt habe.

Es folgen dann in der sachlichen Tagesordnung Berichte und Anträge der einzelnen Sektionen. Eine neugegründete Akademie, die unter Leitung der esperantistischen Lehrervereinigung steht, erhält vom Kongreß das Recht, Diplome über die erworbenen Lehrfähigkeit in Esperanto auszustellen. Der Bericht dieser Akademie für Unterricht und Propaganda des Esperanto soll der Direktor der Universität Dijon, Professor Boirat, fassen. Die Propaganda-Kommission betont in ihrem Bericht besonders die Notwendigkeit reger internationaler Beziehungen. Um auch nach außen hin zu zeigen, daß die Esperantisten die lebenden Sprachen nicht verlassen oder verdrängen wollen, wird beschlossen, auf den internationalen Kongressen neben dem Esperanto auch die Landessprache als Verhandlungssprache zuzulassen. Da dies aber Uebersetzungsschwierigkeiten bereitet, sollen nur die in der Landessprache reden, die nicht genügend Esperanto sprechen zu können glauben.

Der internationale Esperanto-Kongreß zu Cambridge 1908 sollte beschließen, einen internationalen Esperanto-Festtag einzuführen. Hierzu lagen verschiedene Vorschläge vor. Der Kongreß sah jedoch vorläufig von der Einführung eines bestimmten Esperanto-Festtages ab und überließ es jeder Nation, ihn nach ihren besonderen Verhältnissen abzuhalten.

Die Unterabteilung für Stenographie hat ihre Arbeiten beendet und berichtet über die Resultate. Eine gemeinsame Propagandaschrift zugleich für Stenographie (Sabelberger) und Esperanto ist ausgearbeitet. Die internationalen Einigungsbestrebungen sollen auf dem nächsten internationalen Stenographen-Kongreß in Neuen fürth weitergeführt werden.

Für den Blinden-Unterricht soll das Esperanto möglichst allgemein obligatorisch gemacht werden. Die Blindenschrift muß fortwährend den Bedürfnissen der Blinden entsprechen. Die Blindenschrift ist sehr teuer, daher sind die kleinen Zeichen sehr beständig in der Schaffung ihrer Blindenschrift. Durch die allgemeine Einführung des Esperanto in Blindenschrift soll das Arbeitsgebiet der einzelnen Werke erweitert und damit eine Verbesserung und Vergrößerung der Literatur erreicht werden.

billigung und Vergrößerung der Literatur erreicht werden. — Im Anschluß an die Plenarsitzung führte Lehrer Schönherz (Dresden) eine in Esperanto unterrichtete Volksschulklasse vor. Es sind Knaben und Mädchen im Alter von 10 bis 13 Jahren. Der Unterrichtskursus begann vor sieben Wochen. Heute nahm Herr Schönherz mit den Kindern ein Aufschauungsbild vor und ließ sie die dargestellten Personen und Gegenstände nach den verschiedenen Beziehungen beschreiben. Die Kinder verstanden sich in Esperanto recht geschickt auszubilden. Nach Beendigung der Aktion wurde sie von einem französischen Lehrer mit den Kindern wiederholt und gelang auch hier vorzüglich.

Dresden, 22. August.

Der Internationale Esperanto-Kongreß hielt am Sonnabend seine Schlußsitzung ab. Die Abteilungen hatten ihre Arbeiten beendet und erhielten darüber der vollständigsten letzten Plenarversammlung ihren Bericht. Das Institut für Ausbreitung und Unterricht in Esperanto legte die Grundzüge seiner Tätigkeit dar, und entwickelte die Prinzipien, nach denen die Diplome für geprüfte Lehrer in Esperanto erteilt werden sollen. Die wissenschaftliche Esperantistenvereinigung will sich im Laufe des nächsten Jahres vor allem damit beschäftigen, den technischen Fortschritt des Esperanto zu erweitern. Sie hat die Arbeit unter der verschiedenen Fachgelehrten verteilt und will sie bis zum nächsten Kongreß übersichtlich zusammenstellen. Zur Ausarbeitung eines einheitlichen Wörterbuchs der verschiedenen Staaten sind mathematische Berechnungen aufgestellt worden, die in einem großen Tabellenwerk vorgelegt werden. Es soll dem Nachweis dienen, daß mit verhältnismäßig geringen Änderungen eine Annäherung an das internationale Wörterbuch leicht zu erreichen ist. Die offizielle Zeitung der Esperantisten, die Nuovo Esperantisto, teilt die Pläne für eine zukünftige Ausbreitung mit, und ladet zu der Preisverteilung für die beste literarische Arbeit ein, die am Nachmittag im Festsale der Technischen Hochschule stattfand. Das wichtigste Institut der Esperantisten, die Internationale Lingua Komitato hat über die Reinhaltung der Sprache und ihre Fortentwicklung zu entscheiden. Den Bericht über seine Tätigkeit erstattet Prof. Richardson (London). Er betonte nachdrücklich, daß die Lingua Komitato an dem von Dr. Jamnoff entworfenen Fundament der Sprache festhalte und eine übertriebene Reform mit voller Entschiedenheit ablehne. Die Entwicklung des Esperanto müsse der Normala Evolution, der Selbstentwicklung der Sprache in der Praxis, überlassen werden. Für den nächsten Kongreß lag eine große Zahl von Einladungen vor. Nach einer sehr lebhaften Debatte beschloß der Kongreß, um den Anforderungen der überseeischen Länder zu genügen, im nächsten Jahre zwei Kongresse abzuhalten, den einen auf Wunsch der Amerikaner in Chicago, im Staate New York, den anderen etwa gleichzeitig in Spanien, vermutlich in Barcelona. Ueber die Vorbereitungen zum nächsten Kongreß wurde eingehend Bericht erstattet. Die Einladungen der übrigen Länder wurden zurückgestellt. In Belgien soll 1910 anlässlich der Brüsseler Weltausstellung ein Internationaler Esperanto-Kongreß stattfinden, in Tokio oder einer anderen japanischen Stadt 1912 anlässlich der ersten Weltausstellung in Japan. — Hierauf sprach Dr. Jamnoff, mit stürmischem Beifall begrüßt, die Schlußrede. Er feierte den Kongreß als ein Fest der Weisheit, dankte der Stadt Dresden und der Germania Esperantista Societa für das vorzügliche Arrangement und erklärte den beizühilgen Kongreß, den ersten in Deutschland, für einen vollen Erfolg. Hierauf schloß Vorredner Dr. Mühs (Altona) den Kongreß mit einem Hoch auf den Triumph der Bahne der Hoffnung des Esperanto und auf Dr. Jamnoff.

Volkswirtschaft.

A. C. Die amerikanische Bankrotstatistik gibt auch für den Juli dieses Jahres wieder Zahlen, die keineswegs eine Besserung der geschäftlichen Verhältnisse erkennen lassen. Vielmehr sind die schwachen Systeme immer noch nicht hergestellt. Die Zahl der geschäftlichen Fallimente betrug im Juli 1903 gegen 1120 im Juni und 733 im Juli 1902. Die Verbindlichkeiten stellten sich bei den 1151 Fallimenten auf 22,31 Millionen Dollar, die Zahl der Schuldner auf 11,72 Millionen. In der Stadt New York allein war die Zahl der Fallimente noch einmal so groß wie im vorigen Jahr; auch die Verbindlichkeiten haben sich verdoppelt. Nachfolgend geben wir für die ersten sieben Monate dieses und der letzten Jahres eine Zusammenstellung der Insolvenzen:

Table with 4 columns: Year, Zahl, Verbindlichkeiten in Millionen Dollars, Zahl der Schuldner. Data for 1904, 1905, 1906, 1907, 1908.

Die Zunahme der Verbindlichkeiten im Jahre 1907 ist schon auf den Beginn des gewerblichen Niederganges zurückzuführen. Aber erst das Ende 1907 und dann das Jahr 1908 brachte den eigentlichen Niedergang. Im ersten Viertel dieses Jahres betrug die Zahl der Insolvenzen 487 mit 111,81 Millionen Dollar Verbindlichkeiten, im zweiten 375 mit 66,98 Millionen. Demerschwärter Weis stellte sich das Verhältnis der Verbindlichkeiten im laufenden Jahre keineswegs ungünstiger als in früheren Jahren. Die Zahl der Schuldner betrug 1908 etwa 54 % der Verbindlichkeiten, im Jahre 1908 dagegen noch nicht 50 %. Während das erste Quartal 1908 sehr viel Insolvenzenstellungen von größeren Beträgen brachte, wiegen seit dem zweiten Quartal entschieden mehr die kleinen Geschäfte in der Bankrotstatistik vor.

Neues aus aller Welt.

Wien, 23. August. Nachdem das öffentliche Auftreten des Schutzherrn Wilhelm Bötai in Berlin von der Polizei verboten worden ist, wird jetzt Folgt die Bühne in Wien betreten. Der „Dauermann von Adonis“, der heute nach Wien kommt, tritt allerdings als Soldatenträger in einer Operette mit dem Titel „Franz Schlang“ auf.

Paris, 23. August. Nach mehreren von der Agence Havas eingegangenen Erhebungen ist die Meldung von der durch drei Italiener in einem Gehölz in der Nähe des Dorfes Monperron an der Frau eines angesehenen deutschen Jollandbesitzer begangenen Freiwildt verbreitet. Es handelt sich in Wirklichkeit um die Frau eines französischen Polizeibeamten, die von drei Italienern vergewaltigt wurde und in Folge dessen vorzeitig niedertam. Personen, die unmittelbar darauf an den Tatort kamen, hatten wegen des eingetroffenen Blutverlustes geglaubt, daß die Frau mit einem Messer der Verleumdung zum Opfer worden sei. Die verhafteten Italiener gaben an, daß sie aus Rache gehandelt hätten.

Bonn, 23. August. Das Panzerschiff Wien ist gestern Abend beim Einlaufen in den Hafen von Lissa auf eine Felsenbank aufgelaufen.

Budapest, 23. August. In der Petroleumraffinerie der Firma Berg erfolgte nachts eine Explosionskatastrophe. Der dadurch entstandene Brand richtete großen Schaden an. Ein Feuerwehrmann und ein Arbeiter erlitten schwere Brandwunden.

Dien, 23. August. Infolge Verwechslung von Signalen fuhr ein Personenzug einem von Wien kommenden Güterzug in die Flanke. Dabei wurde eine Person getötet, während sieben leichte Verletzungen davontrugen.

Berg, 23. August. Der Dampfer Folgescher, der Dardanelen-Straßenbahnfähre Dampfergesellschaft gehörend, ist gestern Abend bei Chauxmit auf Grund geraten und binnen drei Minuten gesunken. Es verlor, daß 85 Passagiere an Bord gewesen seien, von denen 30 ertranken sein sollen. Bis jetzt sind 15 Leichen geborgen, darunter 5 von der Besatzung.

Konstantinopel, 23. August. Am Nachmittag brach in Stambul ein großer Brand aus, dem bereits mehrere hundert Häuser zum Opfer gefallen sind. Am Abend war das Feuer noch nicht gelöscht.

Petersburg, 23. August. Nach einem amtlichen Bulletin sind in der Woche vom 14. bis 20. August 1145 Choleraerkrankungen mit 517 Todesfällen und seit dem 21. Juli, dem Ausbruch der Epidemie, 2024 Erkrankungen mit 900 Todesfällen vorgekommen.

Petersburg, 23. August. Auf dem Dampfer Graf Platon brach zwischen der Fahrt Maripol und Kofoto Feuer in dem mit Lumpen und Papierresten geladenen Deck aus. Auf dem Schiff befanden sich auch zwei Tonnen mit Munition und eine Reihe von Behältern mit Petroleum. In Bord des Dampfers waren mehrere hundert Passagiere, darunter viele Frauen und Kinder. Es brach daher eine unbeschreibliche Panik aus, doch wurde die unbeschreibliche Katastrophe durch die Entschlossenheit des Kapitäns vermieden, der durch Hinablassen von Dampf die Entwicklung des Feuers aufhielt und den Kurs auf das zwei Stunden entfernte Tanagerog hielt, wo die Dampfer das hart vorgeschrittene Feuer löschten und die Passagiere aus ihrer gefährlichen Lage befreiten. Dem Dampfer hätte eine gefährliche Katastrophe gebracht, wenn das Feuer die zwei den Militärbehörden gestohlenen Pulverbüchsen erreicht hätte.

Wetterbericht von der Wetterkule an der Auguststraße am 24. August, mittags 12 Uhr.

Barometer: 750. Veränderlich. Thermometer: + 17° R. Thermograph: Min. + 11, Max. + 16. Hygrometer: 77%. Wasserstand: - 177.

Wetterprognose des Sächsl. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 25. August 1908:

Mäßige Südwestwinde; Abnahme der Bewölkung; wärmer; meist trocken.

Dresdner Polizeibericht vom 24. August.

Auf der alten Vogelweide erlitt am Sonnabend ein 12-jähriger Schulknabe während des Ringens mit einem Spielgenossen einen Bruch des linken Unterarms.

Infolge eines Herzschlages verschied gestern Nachmittag in einem Straßenbahnwagen während der Fahrt zwischen dem Neustädter Markt und dem Kaiser-Wilhelm-Platz ein Hausmann J. D.

Letzte Telegramme.

Zur Budgetbewilligungsfrage.

Berlin, 24. August. (Privattelegramm.) Auf der Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Vereine Berlins beschäftigte man sich mit der Budgetfrage. Wollte man sich mit der Budgetfrage befassen, so müßte man sich mit der Budgetfrage befassen. Er schlug eine Resolution vor, deren erster Absatz strikte Ablehnung des Budgets fordert und im Schlußsatz bestimmt, die Zustimmung zum Budget sei nur dann zu billigen, wenn wesentliche Forderungen unseres Programms erfüllt und Garantien gegeben seien, daß sie in demokratischem Sinne durchgeführt würden.

Berlin, 24. August. (Privattelegramm.) Auf der Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Vereine Berlins beschäftigte man sich mit der Budgetfrage. Wollte man sich mit der Budgetfrage befassen, so müßte man sich mit der Budgetfrage befassen. Er schlug eine Resolution vor, deren erster Absatz strikte Ablehnung des Budgets fordert und im Schlußsatz bestimmt, die Zustimmung zum Budget sei nur dann zu billigen, wenn wesentliche Forderungen unseres Programms erfüllt und Garantien gegeben seien, daß sie in demokratischem Sinne durchgeführt würden.

Spez. v. Sternburg.

Heidelberg, 24. August. Der deutsche Botschafter in Washington, Freiherr Spez v. Sternburg, der sich zur ärztlichen Behandlung hier aufhielt, ist heute nach hier gestorben.

Eine türkische Anleihe.

Stam, 24. August. Die türkische Zeitung meldet aus Konstantinopel: Die verlaute, verhandelt die Regierung mit einer englisch-französischen Finanzgruppe über den Abschluß einer Anleihe von 2 1/2 Millionen Pfund Sterling.

Marokko.

Tanger, 23. August. Im Verlaufe der Versammlung in der Hofsee kam man darin überein, erstens den Verträgen, Untere zu stiften, entgegenzutreten; zweitens, keine Repräsentanten gegen die früheren Gegner anzunehmen und drittens, den Agenten des Sultan ihre Funktionen zu lassen. Der spanische Geschäftsträger Sabilla wählte der Unterbrechung der Delegierten mit dem französischen Gesandten Renaudt bei. Dieser dankte den Delegierten für ihr Vorgehen und erklärte, daß er sich nicht einmischen könne in dynastische Fragen bezüglich der inneren Politik des Landes, und nehme Kenntnis von den Versicherungen der Delegierten wegen der Sicherheit der fremden Kolonien und der Aufrechterhaltung der Ordnung. Der spanische Geschäftsträger dankte gleichfalls den Delegierten und schloß sich vollständig den Erklärungen Renaudts an. Nach der Zusammenkunft trafen El Gebas und El Menabi in die Hofsee zurück, wo die Proklamation stattfand.

Paris, 24. August. Der Standpunkt Jules Caesars in der Angelegenheit der Polizeireform ist, wie aus den vorstehend veröffentlichten Erklärungen seines Vertrauensmannes hervorgeht, folgender: Europa hat nach Algerien dem Sultan Abdul Afz. ausdrücklich einen gewissen Zeitraum bewilligt, die Reform aus eigener Kraft zu verhandeln. Was dem Vorgänger nicht gelang, könne Caesars durchführen; er verlangt dafür eine entsprechende Frist, wie sie in den Algerienverträgen vorgegeben ist. Wegen der Fortsetzung der Marokkoprobleme wird er keine Einwendung erheben, aber eine umfangreichere Vertretung Marokkos in der Verwaltung der Welt verlangen. Die Maumont Casablanca und Lissabon durchzuführen, wird er dem Reichsgefühl Frankreichs ohne kategorische Forderung überlassen. Auf die Vertiefung des Tarifsystems Jules Caesars bisher keinen Einfluß aus und begibt sich hierin weitere Entschlüsse vor.

Perrien.

London, 24. August. Ein Morgenblatt meldet aus Teheran: Die Lage in Tabris wird neuerdings drohend. Die Bemühungen Sin ed Daulsch, zu einer friedlichen Lösung mit den Aufständischen zu kommen, hätten keinen Erfolg gehabt. Die Vorhut der königlichen Truppen hätte große Verluste erlitten. Ein Regiment sei von den Aufständischen entwaftet worden.

Hoffige Pilze.

Schweidnitz, 24. August. Nach dem Genuß giftiger Pilze erkrankte in Groß-Wierau eine Anzahl polnischer Arbeiter und Arbeiterinnen. Zwei Arbeiter sind bereits gestorben.

Russische Raubmörder.

Odessa, 24. August. Am hellen Tage überfielen auf der Straße zwei Räuber den jüdischen Rechtsanwalt Kaufmann, der sich weigerte, ihnen Geld zu geben. Sie erschossen ihn und ermordeten bei ihrer Verfolgung einen Soldaten. Ein Räuber ermordete sich selbst schwer, der andere entkam.

Die Feuerbrunst in Konstantinopel.

Konstantinopel, 24. August. Gestern um 10 Uhr abends wütete der Brand furchtbar weiter. Bisher sind schon mehrere tausend Häuser verbrannt. Alles ist weithin taghell erleuchtet. Eine derartige Katastrophe ist hier noch niemals dagewesen.

Das heutige Blatt enthält 10 Seiten.

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

559

Nr. 195.

Dresden, Montag den 24. August 1908.

19. Jahrgang.

An die Parteigenossen Sachsens!

Zur Begründung einer Interpellation im Landtag, die Handhabung des neuen Reichsvereinsgesetzes durch die sächsischen Behörden betreffend, bedarf ich nach weiteren Materials.

Ich bitte die sächsischen Parteigenossen, darauf bezughabendes Material an meine Adresse, Zwidaus, Elbstr. 68, bis zum 20. September d. J. gelangen zu lassen.

Hermann Goldstein
Mitglied der Zweiten Kammer.

Sächsische Angelegenheiten.

Zum Wahlrechtsgezerre.

In den Leipziger Neuesten Nachrichten wirft ein Dresdner Mitarbeiter dieses Blattes die Frage auf: Was wird aus der sächsischen Wahlrechtsreform? Er fährt dann fort: „Das weiß ich nicht, niemand, weder die Regierung noch die Parteien“. Und doch soll noch etwas in der Nachbesprechung des Landtages zustande kommen. Die Wahlrechtsdeputation tritt Ende September zusammen, um das noch lächerliche Kompromiß fertig zu bekommen. Sollte das wirklich gelingen — die Aussichten dazu sind angesichts der widerstreitenden Ansichten über die Wahlkreis-Einteilung keineswegs rosig —, dann entsteht die Frage, ob die Regierung dem Kompromiß zustimmt, wenn dieses die Mehrheit der Zweiten Kammer gefunden haben wird. Bevor das Kompromiß zur Abstimmung vor die Kammer gelangt, beabsichtigt die Regierung die Entscheidung des Hauses über ihre Vorlage herbeizuführen. Nach dem Verhalten der Nationalliberalen zu dem Körperwahlwahlen ist nun zwar mit keiner absoluten, geschweige denn mit einer Zweidrittel-Mehrheit für Höchstens Wert zu rechnen. Immerhin wird sich aber zeigen müssen, wie die Kammer sich in ihrer gelassenen Zusammenkunft zu der Regierungsvorlage stellt. Fällt diese und findet dafür der Kompromißvorschlag Annahme, dann hängt die weitere Entscheidung neben der Regierung auch von der Ersten Kammer ab, in welcher mehr Stimmungen für den Nationalliberalen Entwurf als für das Kompromiß vorhanden sein soll. Bleibt Graf Hohenthal auf seinem Schein bestehen, d. h. läßt er seinen Entwurf nicht fallen, dann bleibt ihm nur die Auflösung der Zweiten Kammer übrig.“ Durch diese Darstellung wird die fahrlässige Verfahrensweise in der sächsischen Wahlrechtsreformfrage nur aufs neue deutlich bekräftigt.

Weshalb das Militärverbot verhängt wurde.

Ueber das Restaurant zum Stern in Aue war trotz aller Versicherungen, daß mit solchen Maßnahmen jetzt zurückgehalten werden sollen, das Militärverbot verhängt worden. Weshalb das geschah und wer damit seine Hände am Spiel hatte, illustrieren folgende Dokumente:

Bezirkskommando Schneeberg, Schneeberg, 22. 7. 08.

An den Restaurateur Oswald Uhlig

Restaurant zum Stern zu Aue.

Das Garnisonkommando teilt Ihnen mit, daß über Ihre Lokal von heute ab das dauernde Militärverbot verhängt worden ist.

Weißheimer, Oberstleutnant a. D. und Bezirkskommandeur.

Schneeberg, 29. 7. 08.

Dem Herrn Restaurateur Oswald Uhlig zu Aue.

Auf Ihre an das Garnisonkommando gerichtete Anfrage, weshalb das dauernde Militärverbot verhängt ist, teilt Ihnen daselbst mit, daß Sie sich der gewöhnlichen Auskunft wegen an den Subaltern zu Aue wenden können.

Weißheimer, Oberstleutnant a. D. und Bezirkskommandeur.

Aue, 30. Juli 1908.

An Herrn Gastwirt Uhlig, Aue.

Auf Ihre Anfrage vom heutigen Tage teilen wir Ihnen mit, daß das Militärverbot vom Königl. Generalkommando des 19. Armeekorps erlassen ist. Falls Sie sich die Gründe für dieses Verbot nicht selbst denken können, müssen Sie sich behufs Mitteilung an die eingangs genannte Behörde wenden.

Der Rat der Stadt Aue.

Dr. Kreischmar, Fider.

2. R. S. Armeekorps

General-Kommando

Seit 11b Nr. 6574.

An Herrn Oswald Uhlig, Gasthofbesitzer, Aue.

Ihre an das Generalkommando gerichtete Gesuch um Mitteilung der Gründe, die zur Verhängung des Militärverbots über Ihre Lokal geführt haben, ist an das Garnisonkommando Schneeberg abgegeben worden, da daselbst zur Verhängung von Militärverboten über Lokale in Orten des Garnisonbezirks zuständig ist und auch über Ihren Gasthof das Militärverbot verhängt hat.

Der kommandierende General, v. Ströbbed.

Aue, 7. August 1908.

Herrn Oswald Uhlig, Gastwirt, in Aue.

Auf Ihre heute bei uns eingegangene Anfrage, aus welchen Gründen über das Schanklokal Stern in Aue das dauernde Militärverbot verhängt worden ist, teilen wir Ihnen mit, daß wir Auskunft darüber ablehnen.

Der Rat der Stadt, Volksteilung.

Dr. Kreischmar, Fr.

Garnisonkommando Schneeberg, Schneeberg, 13. 8. 08.

C. C. W. 54 g

Herrn Restaurateur Uhlig, Aue.

Auf Ihr am 1. August 08 an das Generalkommando des 19. Armeekorps gerichtete Gesuch um Mitteilung der Gründe, welche für das verhängte Militärverbot maßgebend waren, teilt Ihnen das Garnisonkommando mit, daß dieses Gesuch an das Bezirkskommando zur Beantwortung gegeben worden ist.

Unter Bezugnahme auf die Antwort, welche Ihnen auf die gleichlautende unter dem 28. Juli hierher gerichtete Anfrage erteilt worden ist, fügt das Bezirkskommando noch hinzu, daß nach zuverläßigen Nachrichten in den letzten Tagen eine eigene politische Versammlung sowie die Zehreigenen politischen Versammlungen der Gäste nicht abgelehnt, daß ein Verbot von Militärpersonen dort wünschenswert ist.

Weißheimer, Oberstleutnant a. D. und Bezirkskommandeur.

Aus diesen Schriftstücken zeigt sich, wie sich die Zivilbehörden hinter die Militärbehörden stellen. Zweifellos hat der Rat der Stadt Aue die Militärbehörden zur Aktion gegen einen Steuerzahler der Stadt veranlaßt, doch dazu fand er nicht den Mut, wie das Garnisonkommando zu sagen: Eine politische Bestimmung paßt uns nicht, also schädigen wir euch wirtschaftlich.

Wieder ein Opfer der Ausweisungspolitik.

Aus Zittau wird bürgerlichen Blättern folgendes berichtet: An den Lebensgang Wilhelm Voigts erinnert lebhaft das Schicksal des hiesigen Steinbruders Steudel. Steudel wurde ohrenlos, und infolge operativer Eingriffe blieb bei dem bisher arbeitsamen Manne Schwerhörigkeit zurück, die schließlich zur Folge hatte, daß er seine Berufstellung verlor. In der arbeitslosen Zeit hatte sich Steudel einige Bettelkräften zugewogen, die zuletzt dahin führten, daß er unter Polizeiaufsicht gestellt wurde. Nun begann für ihn ein unheilbares Komadenleben. Wenn er eine Arbeitsstelle gefunden hatte, erschienen Polizisten und forschten nach ihm, ein Vorgehen, das stets seine Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis zur Folge hatte. Als er auch in Gletsch ausgemiesen wurde, lenkte er seine Schritte wieder nach dem sächsischen Heimatlande, wo er wieder wegen Arbeitsmangels die Unterstützung von Vorstandsmännern eines Wohltätigkeitsvereins in Anspruch nehmen mußte. Schließlich wurde Steudel wieder vor Gericht gestellt. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er denn immer wieder bettele, erwiderte der Angeklagte: „Was sollte ich tun? Heberall wurde ich ausgewiesen. Die Polizei erschwert einem die ehrliche Arbeit. Leben will der Mensch, und findet er nirgends die gesuchte Arbeit, dann muß er schließlich zum Verbrecher werden.“ Aus dem Akten wurde festgestellt, daß Steudels Beschwerden aus seine vielen Ausweisungen von den oberen Instanzen abgewiesen worden waren. Der Staatsanwalt beantragte eine strenge Bestrafung und Überweisung an das Arbeitshaus. Darauf ging aber der Gerichtshof nicht ein. Er billigte dem Angeklagten mildere Umstände zu, da er erwiesen sei, daß er durch die fortgesetzten Ausweisungen in große Not geraten sei. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis und vier Wochen Haft.

Auslegungskunst der sächsischen Polizeibehörden!

Immer mehr häufen sich die Fälle, in denen sich die Polizeibehörden Uebergriffe gegenüber dem sächsischen Reichsvereins-„Juwel“ zuschulden kommen lassen. Täglich kann man lesen, daß Polizeibehörden untere Polizeiorgane in Vereinsversammlungen der politischen Partei entsenden, um sie zu „überwachen“, obwohl das Reichsvereinsgesetz vorschreibt, daß Vereinsversammlungen politischer Natur keiner Überwachung seitens der Polizeibehörden ausgesetzt sind. Auch von Reichsbach i. B. ist jetzt neuerdings ein derartiger Fall zu verzeichnen: Vergangene Woche sollte eine Vereinsversammlung des Sozialdemokratischen Vereins stattfinden, zu der zur Überwachung aller Versammlungsteilnehmer ganz plötzlich ein Polizeisekretär zur Überwachung erschien. (?) Der Vorsitzende des Vereins, Genosse Baumann-Reichenbach, führte einen Versammlungsbeschluss dahingehend herbei, in Anbetracht dieses polizeilichen Uebergriffes vor dem Hausrechte Gebrauch zu machen. Trotz mehrmaliger dahingehender Aufforderung, das Versammlungsklokal zu verlassen, kam der Sekretär dieser Aufforderung nicht nach, er verließ vielmehr in Versammlungsklokal. Deshalb wurde beschlossen, die Versammlung zu vertagen und bei den maßgebenden Instanzen Beschwerde zu führen. Die auch aus diesem Falle ersichtlich ist, können sich verschiedene Polizeibehörden von der Praxis des alten sächsischen „Juwels“ noch nicht trennen; es steht angesichts der sich immer mehr häufenden Fälle von polizeilichen Uebergriffen zu erwarten, daß die vorgelegten Instanzen den Unterbehörden den durch das Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes geschaffenen neuen Rechtszustand des Vereins- und Versammlungsrechts nochmals nachdrücklich einschärfen und ihnen die Wiederholung solcher ungesetzlicher Handlungen auf das nachdrücklichste untersagen.

Die Verstaatlichung des Hebammenwesens

Wird jetzt auch von den Hebammen selbst gefordert. Am 19. und 20. August hielt der Sächsische Hebammenverband, der erst kürzlich gegründet wurde, in Leipzig seine erste Tagung ab. Die gedachte Forderung bildete den hauptsächlichsten Beratungsgegenstand derselben. Sofern die Verstaatlichung nicht möglich ist (warum nicht?), sei zu verlangen, daß die Hebammen in der Stadt oder Gemeinde mit einem Mindestgehalt von 1200 Mark jährlich, von drei bis fünf Jahren um je 100 Mark bis zum Höchstgehalt von 2000 Mark steigend, angestellt werden. Die Forderung wird den zuständigen gesetzgebenden Stellen eingereicht, die ein Hebammenengesetz erlassen sollen. Schließlich wurde der Wunsch nach besserer und längerer Vorbildung der Hebammen geäußert, damit nicht eine Ueberfüllung des Berufs eintrete. Die Verstaatlichung der Hebammen ist eine so selbstverständliche Forderung, daß man sich wundern sollte, weshalb sie noch nicht durchgeführt ist. Aber unser Staat braucht sein Geld für andere Dinge.

Meine Nachrichten aus dem Lande. Der etwa 38 Jahre alte, in Chemnitz wohnhafte Tischler Reinhold Ribach suchte seine seit etwa acht Tagen von ihm getrennt lebende und bei ihrer Mutter in Zwickau bei Oederan wohnende Ehefrau auf und brachte ihr, ohne daß vorher ein Wortwechsel stattgefunden hatte, schreiende Messerschläge bei. Die Frau, die allein neun Söhne in den Hüden und mehrere andere in Kopf, Hals und Seite erhielt, liegt schwerverletzt und nicht transportfähig in der Wohnung ihrer Mutter. Ribach, der ein verschlossener Mensch sein soll, wurde verhaftet. Er hatte früher in Oederan eine eigene Tischlerei. — Eine weitere Tat vollführten die beiden Getreiden Wirtd und Lehmann vom Großhainener Aufseherregiment in Zeithain. Sie zogen den vierjährigen Knaben Bergmann aus dem Dorfische und retteten ihn so vom Tode des Ertrinkens. Der Knabe war beim Spielen aus dem Bahne ins Wasser gefallen. — Zwei vor kurzem von einem taubstummen Hund gefressen Schulknaben aus Bernsdorf und der Einwohner Menge aus Oberlungwitz mußten dieser Tage auf ärztlichen Anraten nach Berlin für drei Wochen in eine Anstalt zur Beobachtung überführt werden. Da der tolle Hund noch mehrere Hundeschiffe hat, mußten in Bernsdorf drei weitere taubstumme Knaben erresen werden. Die Hundepolizei ist über 16 Ortsteile

verhängt worden. — Ein fünf Jahre alter Knabe, namens Frisch, ist in Schwarzenberg vermutlich beim Spielen ins Schwarzwasser gefallen und darin ertrunken. — In Obersachsenfeld wurde am Neuen eines Betriebsgrubens die 18 Jahre alte Fabrikarbeiterin Anna Müller tot aufgefunden. — Auf den Schienenstrang der Falkenstein—Herlasgrüner Linie wurden am Donnerstag nachmittag zwei große Pflastersteine gelegt, und nur der Achtsamkeit des Lokomotivführers ist die Verhütung der Entgleisung und eines größeren Unglücks des 2.22 Uhr nach Herlasgrün verkehrenden Personenzuges zu verdanken. Als Täter kommt ein 11- bis 13jähriger Junge in Betracht. Auch auf die Schienen der Linie Falkenstein—Zwidau wurden kurze Zeit darauf Steine gelegt, jedoch ebenfalls noch rechtzeitig entfernt. — In der herrschaftlichen Scheune zu Steinigtalmsdorf ist die Wirtschaftlerin Martha Aude tödlich verunglückt. Die Frau war auf dem Scheunboden mit Getreideaufstößen beschäftigt, wobei sie durch das Rollen auf die Tenne herabstürzte und sofort verstarb. — In Obersteina bei Pulsnitz verunglückte der noch nicht 20 Jahre alte Maurer Alfred Prescher bei einem Haus-Reparaturbau. Der bedauerlicherweise junge Mann erlitt durch eine einstürzende Wand mehrere Verwundungen und schwere innere Verletzungen, die nach einigen qualvollen Stunden den Tod herbeiführten.

Stadt-Chronik.

Die fürsorgliche Polizei.

Jeder Deutsche soll das Recht haben, sich innerhalb des Reichsgebietes aufzuhalten, wo er will. Aber es gibt eine Anzahl Fälle, in denen die allzeit fürsorgliche Polizei noch ein Wortchen mitzureden hat. Die Polizei kann z. B. bestrafen Personen den Aufenthalt an bestimmten Orten bis zur Dauer von zwei Jahren verbieten. Dies ist jedoch nur dann zulässig, wenn befristet werden muß, der Aufenthalt werde dem Bestraften in besonderem Grade Gelegenheit zur Wiederholung von Rechtsverletzungen in der durch das vorausgegangene Delikt angezeigten Richtung bieten und dadurch die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden. Weitere Voraussetzung ist noch, daß der Bestrafte mit mindestens 6 Wochen wegen Verbrechen oder Vergehens bestraft sein muß, oder daß innerhalb der letzten fünf Jahre wiederholte Bestrafungen wegen Verbrechen oder Vergehens erfolgt sind, oder daß innerhalb eines Jahres wiederholte Bestrafungen wegen Verbrechen oder Vergehens oder auch nur wegen Uebertretungen erfolgten. Es muß aber mindestens einmal die Strafe eine Freiheitsstrafe gewesen sein. Geldstrafen kommen also nie in Betracht. Aus dem Orte, wo der Bestrafte vor der Bestrafung mindestens zwei Jahre ehtbar gelebt oder wo er seinen Unterhaltungswohnsitz hat, kann er nicht ausgewiesen werden. Ledt der Bestrafte in ehrender häuslicher Gemeinschaft oder ist ihm bei der Entlassung aus der Strafanstalt ein Vertrauenszeugnis ausgestellt worden, so ist der Erlass eines Aufenthaltsverbots ausgeschlossen. Personen, gegen die auf Polizeiaufsicht erkannt ist, kann der Aufenthalt an bestimmten Orten durch die Kreishauptmannschaft untersagt werden. Ebenso kann die Kreishauptmannschaft Personen den Aufenthalt untersagen, die in einem anderen Bundesstaat innerhalb der letzten zwölf Monate wegen wiederholten Betrugs oder Landstreichens mindestens einmal bestraft worden sind; dies aber nur, wenn die Personen in Sachsen weder die Staatsangehörigkeit noch den Unterhaltungswohnsitz besitzen. Von den Gemeinden zurückgemeldet werden können solche Personen, die weder hinreichende Kraft, noch Vermögen, noch die Unterhaltung unterhaltspflichtiger Verwandten besitzen, um sich ihren notwendigen Unterhalt zu verschaffen. Wenn eine Person noch nicht den Unterhaltungswohnsitz erworben hat, sich aber ihre dauernde Armenunterstützung notwendig macht, so kann sie ausgewiesen werden. In Fällen nur vorübergehender Hilflosigkeit ist das Ausweisungsrecht ausgeschlossen.

Reichsangehörige können jederzeit als „lästig“ abgehoben werden, insbesondere aber dann, wenn sie an die Landespolizeibehörde überwiesen werden, wenn über sie die Polizeiaufsicht verhängt wird, wenn sie wegen gerichtsverweigerter Glücksspiels verurteilt wurden, oder endlich wegen Zugehörigkeit zum Jesuitenorden.

Der Preßprozeß.

Die Vorgehensweise des am Sonnabend vor dem Landgericht in Oßlich stattgefundenen Preßprozesses gegen Genossen Fleißner teilten wir an dieser Stelle bereits in der letzten Nummer mit. Ueber den Gang der Verhandlung ist zu berichten:

Zu der neuen Verhandlung am 22. August waren die Redakteure Dr. Gradnauer und Riem sowie der Redakteur Klische von der Dresdner Volkszeitung als Zeugen geladen. Durch die eidlischen Aussagen dieser Zeugen wurde folgendes festgestellt: Redakteur Fleißner ist an der Zusammenstellung der für die Oßlicher Volkszeitung zu bestimmenden Artikel und Notizen, die aus dem Dresdner Blatt genommen werden, ganz unbeteiligt. Mit der Anordnung dieses Stoffes war in der betreffenden Zeit Redakteur Riem vom Verlag beauftragt. Er hatte in diesem Falle wie üblich durch Anstreich ausdrücklich angeordnet, daß der kritische Teil des Artikels nicht in das Oßlicher Blatt übernommen werden solle. Infolge eines Versehen des Retters ist dies aber trotzdem geschehen. Auf den Einwand des Gerichts, daß Fleißner sich vor Drucklegung habe vergewissern müssen, ob die Anordnung Riems auch befolgt worden sei, erwiderte der Angeklagte, daß dies aus technischen Gründen nicht möglich ist, weil das Umbrechen der Seiten für das Oßlicher Blatt wegen der rechtzeitigen Expedition in großer Schnelligkeit geschehen muß; die Redaktion habe alles getan, was zur gewissenhaften Erledigung nötig und möglich war. Die Prüfung des Stoffes sei besonders auch in Rücksicht auf die in Oßlich bestehende größere strafrechtliche Gefährdung erfolgt.

Der Staatsanwalt ließ nunmehr den § 20 des Preßgesetzes fallen und beantragte 6 Monate Gefängnis wegen Vergehens gegen § 21. Der Verteidiger, Genosse Heine-Berlin, plädierte in sehr eindringlicher und überzeugender Weise für Freisprechung. Das Gericht verurteilte Fleißner zu drei Monaten Gefängnis. Der § 21 mußte angewendet werden, da eine Fahrlässigkeit vor der Drucklegung des Blattes von dessen Inhalt überzugehen, diesen überwachen müssen. Strafschärfend kamen die Vorstrafen in Betracht, den dolus eventualis wandte das Gericht nicht wieder an. — Das Strafmaß muß unter Berücksichtigung der Umstände als unerhört hoch bezeichnet werden.

2. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

563

Nr. 195.

Dresden, Montag den 24. August 1908.

19. Jahrgang.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Nürnberg 1908.

(Fortsetzung.)

Bildungsausschuss.

Zweiter Jahresbericht 1907/08.

Allgemeines.

Am Schlusse des ersten Jahresberichtes wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das zweite Jahr der Tätigkeit des Bildungsausschusses die Fühlung mit den Genossen im Lande erweitern und zugleich fester gestalten möge. Erfolgreichere kann der zweite Jahresbericht mit der Mitteilung beginnen, daß diese Hoffnung in Erfüllung gegangen ist. Im vergangenen Jahre haben die organisierten Arbeiter in allen Gegenden Deutschlands mit regem Eifer die Bildungsangelegenheiten in die Hand genommen, an Form und Umfang zwar — je nach der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel und der anderen Vorbedingungen — verschieden, im guten Willen und in der Absicht, damit dem Befreiungskampfe des Proletariats zu dienen, alle gleich.

Über auch noch vielen künstlerischen Genossen schenken sich die Arbeiter. Sie empfinden es bitter, daß sie bisher von der Kunst und ihren Freuden abgeperzt worden sind, und daß man ihnen höchstens neuliche Plebeuskunst geboten hat. Die organisierten Arbeiter sind heute wirtschaftlich zu einem Helfer herangezogen, der sich auch auf kulturellen Gebieten zu verschaffen weiß, auf denen er früher gar nicht auftrat. In vielen Städten haben die organisierten Arbeiter die Theater für Nachmittags- (gelegentlich auch für Abend-) Vorstellungen zur Verfügung, bei sonstigen künstlerischen Veranstaltungen (Konzerten, Aufführungen) erleichtert man ihnen den Besuch, und teilweise herangezogene Künstler (Schauspieler, Sänger, Regisseure) sind jederzeit gern bereit, vor einem Arbeiterpublikum vorzutreten.

In diesem großen Bildungswerke, der mit Freunden zu begründen ist, und der nach wie vor mit allen Kräften gefördert werden muß, liegt aber auch eine gewisse Gefahr, vor der wir warnen müssen. Die Bildungsbewegung darf heute nicht als Selbstzweck betrachtet werden, der sie als gleichberechtigte Institution neben Partei und Gewerkschaften stellt. Sondern die Weiterbildung soll sich dem großen Zweck der modernen Arbeiterbewegung unterordnen. Sie soll ihm dienen. Und darum darf sie nicht, besonders nicht in ihrem unwidrigeren künstlerischen Teil, breitspurig in den Vorwärtstendenzen und den parteipolitischen und gewerkschaftlichen Aktionen hindern in den Arm fallen. Diese Gefahr tritt ein, wenn die Bildungsprogramme zu umfangreich und bunt sind. Leicht gewöhnen sich dann die indifferenten Elemente der organisierten Arbeiter daran, in ihrer Teilnahme an den Bildungsveranstaltungen eine wesentliche Partei- oder Gewerkschaftstätigkeit zu sehen, während umgekehrt eine richtig geleitete Bildungsarbeit die Teilnahme der Arbeiter an den politischen und gewerkschaftlichen Aktionen steigert und beleben muß. Und vor einer weiteren Gefahr möchten wir die Leiter von Bildungsveranstaltungen warnen: sie müssen jetzt fast gewissenhafter als sonst bei Plebeuskunst und Plebeuskunst auf der Hut sein. Der wertvollste Bildungserfolg der Arbeiter kann leicht von gewissenlosen Gehärgen auf die Urteilskraft der einfachen Arbeiter ausgenutzt werden. Wissenschaftliche oder künstlerische Angebote, über deren Substanzhaftigkeit nicht völlige Klarheit besteht, lehnen man ab, wenn man nicht von kompetenter Stelle Erkundigungen eingehen kann. Ferner glaube man nicht, daß eine Veranstaltung schon dadurch zu einem Kunstabend wird, daß man sie so nennt. In den Anleitungen, die der Bildungsausschuss im vorigen Jahre verfaßt hat, und die er auch in diesem Jahre in erweiterter Form herausgeben und versenden wird, können sich die Parteigenossen im wesentlichen über die Voraussetzungen einer guten belehrenden oder künstlerischen Veranstaltung informieren.

Im übrigen ist der Bildungsausschuss jederzeit zu Rat und Hilfe bereit, soweit er dazu in der Lage ist. Auch in dem vergangenen Jahre hat er darin einen wesentlichen Teil seiner Tätigkeit gesehen. Die Zahlen der Korrespondenz des Bildungsausschusses geben ein ungefähres Bild von dem Umfang dieser Tätigkeit. Vom 15. Juli 1907 bis zum 1. Juli 1908 gingen ein 567 Briefe, 371 Karten, 36 Pakete, 15 Telegramme, 89 Druckfaden; in demselben Zeitraum gingen aus: 477 Briefe, 414 Karten, 68 Pakete, 15 Telegramme, 1701 Druckfaden. Bei dieser Helfenden und anregenden Tätigkeit, die diese Zahlen widerspiegeln, ging der Bildungsausschuss aber niemals von dem Gedanken aus, sich selbst zu werten. Ganz abgesehen davon, daß ein solches Bemühen schon an der Verfehlbarkeit der lokalen Verhältnisse scheitern würde, wäre es auch durchwegs unrichtig, da einer fruchtbringenden Bildungsarbeit der Spielraum der frischen, fröhlichen Initiative in den einzelnen Orten bleiben muß. Wohl gibt der Bildungsausschuss Anweisungen, Musterprogramme und andere Ratgeber heraus. Aber sie sollen nur eine Anregung sein. Wo man über entraten kann, wird man sie nicht benutzen; in anderen Städten wird man darüber hinausgehen; und für kleinere Orte, für die sie zurzeit noch gutteil bieten, richten sie zum wenigsten ein Ziel auf, dem nachgeachtet werden kann.

Beste Bildungsanstalten.

In vielen Orten sind Bildungsanstalten eingesetzt worden; in den meisten Fällen sind die örtlichen Parteioptionen und von dem Gewerkschaftsrat gemeinsam, gelegentlich auch nur von einer der beiden Institutionen. Diese Bildungsanstalten (oder Bildungs-Kommissionen oder Bildungsinstitute) haben die Aufgabe, für die Gesamtheit der organisierten Arbeiter an dem betreffenden Orte alle Veranstaltungen belehrenden und künstlerischen Charakters zu arrangieren. Der zentrale Bildungsausschuss ist bei der Gründung solcher Anstalten häufig um Rat und Material ersucht worden. Außerdem haben sich viele Orte, in denen noch kein Bildungsausschuss existiert, und wo deshalb die Bildungsarbeit von der Partei oder vom Gewerkschaftsrat geleitet wird, mit dem Bildungsausschuss in Verbindung gesetzt. In alle Absichten, die der Geschäftsstelle auf diese Weise bekannt gemacht sind, werden die Veröffentlichungen des Bildungsausschusses gesandt.

Der Bildungsanstalten nicht den Zweck haben, finanzielle Ueberlässe abzuwerfen, sondern daß in den meisten Fällen umgehrt erhebliche Geldauswendungen notwendig sind, um gute Bildungsarbeit zu leisten, wird von den Organisationen fast allgemein gewürdigt. Besonders in den größeren Städten leisten die sozialdemokratischen Vereine und die Gewerkschaften den von ihnen eingesetzten Bildungsausschüssen aus diesem Grunde nennenswerte Zuschüsse.

Die wissenschaftlichen Wanderturse.

Die wichtigste Tätigkeit des Bildungsausschusses im vergangenen Jahre war die erstmalige Organisation von wissenschaftlichen Wandertursten. Zwar hat die Geschäftsstelle auch in zahlreichen Fällen Leiter für Einzelvorträge vermittelt, aber für die wissenschaftliche Aufklärungsarbeit zusammenhängender Vorträge, und Wanderturste ungleich wertvoller sind, kam es dem Ausschuss zunächst darauf an, die organisierten Arbeiter mit dem Wesen und dem Zweck wissenschaftlicher Kurse durch die Praxis vertraut zu machen.

Für die Abhaltung der Kurse waren die beiden Genossen Dr. Hermann Dunder und Otto Rühl gewonnen worden, die vom September 1907 bis zum Mai 1908 für den Bildungsausschuss tätig gewesen sind.

Die beiden Genossen wurden von Anfang an so oft verlangt, daß sie in der ganzen Zeit beschäftigt werden konnten. Nur im Frühjahr 1908, als die Landtagswahlbewegung die preussischen Genossen in Anspruch nahm, entstand eine kleine Lücke.

In einem Briefe, den die Geschäftsstelle im Juli 1907 an die Bildungsausschüsse, sozialdemokratischen Vereine und Gewerkschaften verfaßt hatte, waren Vortrags- und Unterrichtskurse empfohlen worden. Der Unterschied zwischen beiden besteht im wesentlichen darin, daß bei den ersteren die Teilnehmerzahl nicht begrenzt zu werden braucht, oder wenn doch, erst bei 250 bis 300 Teilnehmern; zu den Unterrichtskursen können dagegen nur 30 bis 40, allerhöchstens 50 Teilnehmer zugelassen werden. Die Unterrichtskurse finden, wie schon im Namen liegt, in unterrichtlicher Form statt. Auch zu schriftlichen und mündlichen Arbeiten werden die Teilnehmer herangezogen. Es wurde empfohlen, je solchen Unterrichtskursen nur die befähigten und bildungsbegeisterten Genossen heranzuziehen; möglichst durch Anwendung eines Delegationssystems. Auch Vortragskurse können durch Delegation zusammengefaßt werden, was den Vorteil mit sich bringt, daß die von den Gewerkschaften und den anderen Korporationen gewählten Teilnehmer mit größerer Gewissenhaftigkeit an den Kursen teilnehmen.

Es hat sich herausgestellt, daß beim erstenmal in einer Stadt die Vortragskurse mit größerer Teilnehmerzahl durchgeführt sind. Bei einer Fortsetzung der Wanderturse in der nächsten Stadt dagegen ist den Organisationen zu empfehlen, Unterrichtskurse zu veranstalten, einmal, um den wirklich befähigten Genossen durch die intensiveren Methoden der Unterrichtskurse eine besondere Förderung ihres Wissens zu ermöglichen; ferner auch im Hinblick auf den Stoff der zweiten Kurse, der vorzugsweise theoretischer Natur ist (Marx's ökonomische Lehren), während der erste Kursus historischer Art ist (Entwicklungsstufen des Wirtschaftens). Im allgemeinen kann gesagt werden, daß sich die Vortragskurse trotz ihrer größeren Teilnehmerzahl besser bewährt haben, als vorher angenommen worden ist. Die beiden Leiter haben durch eine lebhaftige Vortragsweise und durch gelegentliche Fragestellungen die Vortragsabende so anregend zu gestalten gewußt, daß die Teilnehmer nicht nur während der Dauer des einzelnen Vortrags mit voller Aufmerksamkeit bei der Sache waren, sondern auch an den acht Abenden des Kursums bis zum letzten mit gleichem Interesse teilnahmen. Wohl heißt gelegentlich der eine oder andere Teilnehmer, was bei einem Zeitraum von vier Wochen und mit Rücksicht darauf, daß an den Kursen in erster Linie die auch sonst in Partei und Gewerkschaften vielbeschäftigten Genossen teilnehmen, nicht weiter verwunderlich ist; aber die Durchschnittsziffer der Teilnehmer ist bei allen Kursen (siehe Tabelle) eine überaus hohe; und mehr als einmal ist es vorgekommen, daß sich die Teilnehmerzahl von Vortrag zu Vortrag gehoben hat.

Eine Vortragsreise der beiden Wanderrichter war jedesmal — mit je einer besonderen Ausnahme — auf vier Wochen berechnet. Während einer solchen Reise war der Vortragsabend in drei verschiedenen Städten zugleich tätig, und zwar dergestalt, daß er an jedem Abend in einem anderen Orte redete. Es wurde dadurch möglich gemacht, daß in den einzelnen Orten stets mindestens zwei Tage Zwischenraum zwischen den Vortragsabenden lagen. Wenn sich in Zukunft sechs Städte zusammenfinden, die eine gute Bahnverbindung miteinander haben, so läßt sich auch der oft ausgesprochene Wunsch erfüllen, daß in jeder Stadt mindestens ein Vortragsabend stattfinden. In mehreren Fällen hatte das Arrangement der Kurse ein Provinzial- oder Landeskomitee in die Hand genommen, wodurch erreicht wurde, daß mehrere Bahntreise oder Bezirke an den Kursen beteiligt waren. Doch hat die Geschäftsstelle es auch in anderen Fällen nach Möglichkeit eingurichten verstanden, daß Orte verschiedener Bahntreise oder Agitationsgebiete an einer Tournee beteiligt waren; ferner auch, daß kleinere Orte in der Umgebung einer größeren Stadt zu den Kursen herangezogen wurden.

Interessante Einblicke in das Bildungsstreben der organisierten Arbeiterschaft gewährt die folgende Tabelle über das Alter der Teilnehmer:

	ES waren alt						Ohne Angabe	Insgesamt
	15-20 Jahre	20-25 Jahre	25-30 Jahre	30-40 Jahre	40-50 Jahre	über 50 Jahre		
Unterrichtskurse								
Dunder und Rühle	18	60	196	261	56	1	648	
Vortragskurse								
Dunder und Rühle	33	490	788	1011	290	57	3368	
Die sonstigen Unterrichts- u. Vortragskurse (Vorchardt, Schütte, Wendel, Wüller)	38	226	360	473	173	48	1477	
Insgesamt	149	776	1344	1745	509	106	5493	

Die systematische Aufklärungsarbeit der beiden selbstgewählten Wanderrichter ist in dem Zeitraum September bis Mai an 233 Abenden 29 Hauptorten und über 100 Nebenorten zugute gekommen. In 15 Orten fanden Unterrichtskurse, in 14 Orten Vortragskurse statt. Die Teilnahme war 13mal durch Delegation geregelt. An den Unterrichtskursen haben 636 Genossen und 12 Genossinnen, an den Vortragskursen 3241 Genossen und 127 Genossinnen teilgenommen. Sehr erfreulich sind die Zahlen über den Durchschnittsbesuch. An den Unterrichtskursen nahmen regelmäßig 90 Prozent, an den Vortragskursen 88 Prozent der eingeladenen Hörer teil. Durch diese Zahlen ist das früher sehr häufig erhobene Bedenken zerstreut, daß bei Vortragskursen die Teilnehmer von Vortrag zu Vortrag in größerer Zahl fortblieben würden.

Wichtig für die allgemeine Beurteilung der Kurse sind die Urteile, die die Veranstalter der einzelnen Kurse, die lokalen Bildungsausschüsse, Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, über die Art, den Verlauf und die Erfolge der Kurse abgegeben haben. In den meisten Urteilen leitet die Bemerkung wieder, daß betrieblige Kurse dringend notwendig seien, da besonders die ersten Unterrichtsabende offenbar hätten, wie mangelhaft die Kenntnisse der Teilnehmer in den Grundfragen des historischen Materialismus und der Nationalökonomie sind. Fast in allen Urteilen wird auch darauf hingewiesen, daß die Fortsetzung und der Ausbau der Kurse dringend zu wünschen sei; mehrere Orte haben sofort eine Bestellung des Redners für nächsten Winter angefügt. Als erfreuliche Nebenwirkung wird in einigen Urteilen der durch die Kurse vermehrte Eifer im Anschaffen und Studieren guter Lesetexte hervorgehoben; in anderen wird mitgeteilt, daß die Teilnehmer auch nach Beendigung des Kursums regelmäßig zu Diskussions- und Lesungsabenden zusammenkommen, um das Gelernte zu vertiefen und sich in der praktischen Anwendung zu üben. — Ebenso günstig sind die Urteile, die die beiden Wanderrichter über die Kurse in den einzelnen Orten und ihre voraussichtlichen Erfolge eingebracht haben.

Der Bildungsausschuss gewann aus diesen Tatsachen die Ueberzeugung, daß die wissenschaftlichen Wanderturse einem dringenden Bedürfnis in der Partei entgegenkommen; deshalb hat er auch die Anstellung weiterer Wanderrichter ins Auge gefaßt; die zahlreichen Bestellungen von Kursen für den Winter 1908/09, die bis jetzt schon bei der Geschäftsstelle eingegangen sind, machen diese Absicht außerordentlich zur Notwendigkeit.

Schon in der Berichtsperiode konnte der Bildungsausschuss nur dadurch den zahlreichen Wünschen nach Kursen gerecht werden, daß sich einige andere parteigenössliche Kräfte in den Dienst der wissenschaftlichen Wanderturse stellten. Es waren dies die Genossen Julian Vorchardt (Nationalökonomie), Max Schütte (Partiegeschichte und Parteiprogramm), Hermann Wendel (Partiegeschichte) und Arbeitersekretär Hermann Müller (Gewerkschaftswesen). In diesen Kursen haben insgesamt 1477 Hörer teilgenommen, so daß damit die Gesamtzahl der Teilnehmer an den vom Bildungsausschuss veranstalteten Kursen auf 5493 steigt. Auch die Urteile über diese Kurse lauten in ähnlichem Sinne durchwegs befriedigend.

Das Winterprogramm.

Die im vorigen Jahresbericht angekündigten Ratsschlüsse und Beschlüsse für ein Winterprogramm 1907/08 sind in vielen Punkten von Exemplaren an alle Interessenten, die beim Bildungsausschuss gemeldet sind, verschickt worden. Aus der Art und dem Umfang der Bildungsarbeit, die in der Berichtsperiode in vielen Orten geleistet worden ist, läßt sich erkennen, daß die Ratsschlüsse und Beschlüsse dabei gute Dienste geleistet haben. Der Bildungsausschuss hat deshalb beschlossen, auch in Zukunft regelmäßig derartige Anregungen zu versenden. Das Winterprogramm für 1908/09, das ausführlicher als das vorhergehende gehalten sein wird, kommt in diesem Jahre aus verschiedenen Gründen leider erst in der zweiten Hälfte des August zur Besendigung.

Die Jugendchriftenbewegung.

Einen wichtigen Teil der Tätigkeit des Bildungsausschusses im vergangenen Winter bildete die Schaffung eines Verzeichnisses empfehlenswerter Jugendchriften. Seit Jahren ist innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung ein derartiges Verzeichnis gewünscht worden. Aber es fehlte bisher an einem Organ, das diese umständliche und schwierige Arbeit in die Hand nehmen konnte. Der Bildungsausschuss hat zunächst 133 Bücher geprüft. Jedes Buch ist von drei verschiedenen Stellen geprüft worden, wodurch ein lebhafter Patentrech notwendig wurde. Nachdem sämtliche Bücher geprüft worden waren, trat eine Subkommission des Bildungsausschusses zusammen, um an der Hand der eingegangenen Urteile die Zusammenstellung des Verzeichnisses vorzunehmen. Von den 133 geprüften Büchern wurden 83 in das erste Verzeichnis aufgenommen. Der Bildungsausschuss beschränkte sich nicht darauf, die Bücher in diesem Verzeichnis sachgemäß und übersichtlich anzuordnen, er hat auch jedem Buche eine kurze Kennzeichnung zugefügt, um dadurch den Eltern die Auswahl zu erleichtern.

Das Verzeichnis ist an die gesamte Partei- und Gewerkschaftsprelle verandt worden; ferner an alle Adressen, die bei der Geschäftsstelle gemeldet sind. Auch der Vertrauensperson für die Genossinnen Deutschlands sind mehrere hundert Exemplare zur Verfügung gestellt worden. Erfolgreichere haben fast ausnahmslos sämtliche Parteiführer das Verzeichnis mündlich abgedruckt. Durch diese allgemeine Veröffentlichung und Empfehlung des Verzeichnisses ist das Interesse der sozialdemokratischen Eltern für gute Jugendliteratur mehr und stärker als je zuvor angeregt worden. Die Buchhandlung Vorwärts, in deren Händen der Kommissionsvertrieb in der Hauptstadt lag, hat in diesem Jahre erheblich mehr an guten Jugendchriften umgesetzt als in früheren Jahren, und zwar hauptsächlich an Schriften unseres Verzeichnisses. Die Wirkung des Verzeichnisses hoffte der Bildungsausschuss noch dadurch zu erhöhen, daß er in den Wochen vor Weihnachten den mit der Materie bestens vertrauten Wanderrichter des Bildungsausschusses, Genossen Wüller, zu einer Vortragstour über: Jugendbildung und Jugendliteratur veranlaßte. Leider war das Interesse für derartige Vorträge und für die Veranstaltung von Jugendchriftenausstellungen noch gering, da nur verhältnismäßig wenig Wiedlungen für die Vorträge einfinden und die Vorträge meistens nur schlecht besucht waren. Ferner hat der Bildungsausschuss an die Bibliothekskommissionen von Bildungsausschüssen, sozialdemokratischen Vereinen, Arbeiterbibliotheken, Gewerkschaften und Gewerkschaftsarbeiter eine Rundreise geschrieben, in dem er sie auffordert, ihre Bibliotheken durch Anfügung einer Jugendchriftenabteilung zu vervollständigen.

Der Bildungsausschuss ist sich klar darüber, daß das gegenwärtige Verzeichnis nur erst einen ungenügenden Anfang darstellt; daß die meisten Rubriken darin noch ungenügend besetzt sind; daß wichtige Bücher noch fehlen. Er hat deshalb beschlossen, daß die Prüfungsarbeit fortgesetzt werden soll, so daß zum nächsten Weihnachtsfest ein erweitertes Verzeichnis zustande kommt. Ferner soll der Parteivorstand ersucht werden, in Gemeinschaft mit dem Bildungsausschuss ein Schreiben an die Parteipresse zu richten, in dem sie gebeten werden soll, minderwertige Schriften nicht zu empfehlen. Soweit als möglich soll auch eine Auswahl guter und billiger Bücher (als Wandführer) zusammengestellt werden. Eine Vortragstour in den Wochen vor Weihnachten ist ebenfalls wieder in Aussicht genommen worden. Jedoch soll sie, ebenso wie das Verzeichnis, in diesem Jahre frühzeitig vorbereitet werden.

Die Musterkataloge für Arbeiterbibliotheken.

Gute Bibliotheken sind eine notwendige Voraussetzung für planmäßige Arbeiterbildung. Der Bildungsausschuss hat deshalb von Anfang der Schaffung von Musterkatalogen und von sachgemäßen Anleitungen für die Praxis des Bibliothekwesens seine Aufmerksamkeit zugeleitet. Bei der Fülle sonstiger Arbeiten und bei der Schwerigkeit der Frage selbst ist die Vorbereitung der Musterkataloge jedoch nur langsam gefördert worden, so daß erst im August d. J. die Herausgabe und Verendung der zehn ersten Kataloge erfolgen kann.

Der Bildungsausschuss ist bei dieser Arbeit von den Bedürfnissen der kleinsten Organisationen, die sich erst eine Bibliothek anschaffen wollen, ausgegangen. Er hat im ersten Katalog eine Gruppe von Büchern zusammengestellt, deren Preis insgesamt und in gebundenem Zustande 10 M. beträgt. Hierbei hat er auch berücksichtigt, daß trotz des niedrigen Preises möglichst viele und doch wiederum auch wertvolle, für die Einführung in den Sozialismus geeignete Bücher gewählt werden müssen. Die zweite Bibliothek enthält die Bücher der ersten und dazu für 15 M. neue Bücher, die nach den eben entwickelten Grundfragen den Bücherkatalog der betreffenden Organisation erweitern sollen. Die nächsten Bibliotheken steigen weiter um 25 M., später um 50, 100 und 150 M., bis die zehnte (und vorläufig letzte) Bibliothek Bücher im Werte von insgesamt 500 M. umfaßt. Es ist im weiteren Verlaufe auch darauf geachtet worden, daß grundlegende Bücher aus den verschiedenen Wissensgebieten in die Kataloge eingeführt worden sind. Diese Musterkataloge haben auch für solche Organisationen Wert, die schon eine Bibliothek besitzen, da sie aus den Katalogen erfahren können, welche Bücher ihnen noch fehlen und deshalb bei der nächsten Erweiterung angeschafft werden müssen.

Die zahlreichen Anfragen, die bei der Geschäftsstelle nach solchen Katalogen eingelaufen sind, beweisen zur Genüge, daß sie einem dringenden Bedürfnisse in der Partei entgegenkommen.

Die Einführungen in Trassen und Opern.

Der Bildungsausschuss hat die praktische Ausführung dieses Planes in einem Jahresbericht angehängten Planes so weit gefördert, daß zum Beginn des nächsten Theaterjahres die erste Serie von Einführungen vorliegen wird.

Lebende Arbeiten.

Der Bildungsausschuss hat auch die Schaffung eines Vereinigungsausschusses für verschiedene Vereine geplant.

Die Gewerkschaften hat aber in der Vergangenheit nach wie vor Redner für Einzelvorträge verschiedenen Charakters bereitgestellt.

Schlussbemerkung.

Mit noch größerer Eifer als im vorigen Jahre, das vornehmlich der Vorbereitung seiner Wirtschaft gewidmet war, hat der Bildungsausschuss in diesem Jahre erster und planmäßiger praktischer Arbeit begonnen.

Schlussbemerkung.

Mit noch größerer Eifer als im vorigen Jahre, das vornehmlich der Vorbereitung seiner Wirtschaft gewidmet war, hat der Bildungsausschuss in diesem Jahre erster und planmäßiger praktischer Arbeit begonnen.

Mit noch größerer Eifer als im vorigen Jahre, das vornehmlich der Vorbereitung seiner Wirtschaft gewidmet war, hat der Bildungsausschuss in diesem Jahre erster und planmäßiger praktischer Arbeit begonnen.

Mit noch größerer Eifer als im vorigen Jahre, das vornehmlich der Vorbereitung seiner Wirtschaft gewidmet war, hat der Bildungsausschuss in diesem Jahre erster und planmäßiger praktischer Arbeit begonnen.

Mit noch größerer Eifer als im vorigen Jahre, das vornehmlich der Vorbereitung seiner Wirtschaft gewidmet war, hat der Bildungsausschuss in diesem Jahre erster und planmäßiger praktischer Arbeit begonnen.

Mit noch größerer Eifer als im vorigen Jahre, das vornehmlich der Vorbereitung seiner Wirtschaft gewidmet war, hat der Bildungsausschuss in diesem Jahre erster und planmäßiger praktischer Arbeit begonnen.

Mit noch größerer Eifer als im vorigen Jahre, das vornehmlich der Vorbereitung seiner Wirtschaft gewidmet war, hat der Bildungsausschuss in diesem Jahre erster und planmäßiger praktischer Arbeit begonnen.

Mit noch größerer Eifer als im vorigen Jahre, das vornehmlich der Vorbereitung seiner Wirtschaft gewidmet war, hat der Bildungsausschuss in diesem Jahre erster und planmäßiger praktischer Arbeit begonnen.

Mit noch größerer Eifer als im vorigen Jahre, das vornehmlich der Vorbereitung seiner Wirtschaft gewidmet war, hat der Bildungsausschuss in diesem Jahre erster und planmäßiger praktischer Arbeit begonnen.

Mit noch größerer Eifer als im vorigen Jahre, das vornehmlich der Vorbereitung seiner Wirtschaft gewidmet war, hat der Bildungsausschuss in diesem Jahre erster und planmäßiger praktischer Arbeit begonnen.

Mit noch größerer Eifer als im vorigen Jahre, das vornehmlich der Vorbereitung seiner Wirtschaft gewidmet war, hat der Bildungsausschuss in diesem Jahre erster und planmäßiger praktischer Arbeit begonnen.

Mit noch größerer Eifer als im vorigen Jahre, das vornehmlich der Vorbereitung seiner Wirtschaft gewidmet war, hat der Bildungsausschuss in diesem Jahre erster und planmäßiger praktischer Arbeit begonnen.

Mit noch größerer Eifer als im vorigen Jahre, das vornehmlich der Vorbereitung seiner Wirtschaft gewidmet war, hat der Bildungsausschuss in diesem Jahre erster und planmäßiger praktischer Arbeit begonnen.

Mit noch größerer Eifer als im vorigen Jahre, das vornehmlich der Vorbereitung seiner Wirtschaft gewidmet war, hat der Bildungsausschuss in diesem Jahre erster und planmäßiger praktischer Arbeit begonnen.

Mit noch größerer Eifer als im vorigen Jahre, das vornehmlich der Vorbereitung seiner Wirtschaft gewidmet war, hat der Bildungsausschuss in diesem Jahre erster und planmäßiger praktischer Arbeit begonnen.

Mit noch größerer Eifer als im vorigen Jahre, das vornehmlich der Vorbereitung seiner Wirtschaft gewidmet war, hat der Bildungsausschuss in diesem Jahre erster und planmäßiger praktischer Arbeit begonnen.

Mit noch größerer Eifer als im vorigen Jahre, das vornehmlich der Vorbereitung seiner Wirtschaft gewidmet war, hat der Bildungsausschuss in diesem Jahre erster und planmäßiger praktischer Arbeit begonnen.

Mit noch größerer Eifer als im vorigen Jahre, das vornehmlich der Vorbereitung seiner Wirtschaft gewidmet war, hat der Bildungsausschuss in diesem Jahre erster und planmäßiger praktischer Arbeit begonnen.

Mit noch größerer Eifer als im vorigen Jahre, das vornehmlich der Vorbereitung seiner Wirtschaft gewidmet war, hat der Bildungsausschuss in diesem Jahre erster und planmäßiger praktischer Arbeit begonnen.

Mit noch größerer Eifer als im vorigen Jahre, das vornehmlich der Vorbereitung seiner Wirtschaft gewidmet war, hat der Bildungsausschuss in diesem Jahre erster und planmäßiger praktischer Arbeit begonnen.

Mit noch größerer Eifer als im vorigen Jahre, das vornehmlich der Vorbereitung seiner Wirtschaft gewidmet war, hat der Bildungsausschuss in diesem Jahre erster und planmäßiger praktischer Arbeit begonnen.

Mit noch größerer Eifer als im vorigen Jahre, das vornehmlich der Vorbereitung seiner Wirtschaft gewidmet war, hat der Bildungsausschuss in diesem Jahre erster und planmäßiger praktischer Arbeit begonnen.

Mit noch größerer Eifer als im vorigen Jahre, das vornehmlich der Vorbereitung seiner Wirtschaft gewidmet war, hat der Bildungsausschuss in diesem Jahre erster und planmäßiger praktischer Arbeit begonnen.

insofern leicht gemacht, indem sich die Vergarbeiter-Zeitung erbietet, die Namen der Personen zu nennen, welche in dem Korruptionsprozess wider besseres Wissen die Unwahrheit gesagt haben sollen, um damit die Verantwortlichkeit zu entlasten.

Kunze hat die Vergarbeiter-Zeitung die Einheitsanwaltschaft das Wort!

Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Gewerkschaften.

Ueber den Stand der Arbeitslosigkeit im zweiten Quartal des Jahres 1908 bringt das Reichsarbeitsblatt eine eingehende Statistik auf Grund der Mitteilungen der Gewerkschaften.

Drohende Aussperrung von 200 000 Arbeitern.

Der Verband der Spinnereibesitzer beschloß mit einer Mehrheit von 92 von Hundert eine fünfprozentige Lohnherabsetzung; falls die Arbeiter sich weigern sollten, die Maßnahme anzunehmen, sollen sämtliche Fabriken geschlossen werden.

Drohender Arbeiterausstand in Dänemark.

Der große Arbeiterausstand, den man schon für beendet hielt, droht wieder in vollem Umfange auszubrechen, weil die Hauptorganisation der Arbeiter bisher nicht imstande gewesen, die Bedingungen des abgeschlossenen Friedens zu erfüllen.

10. Verbandstag der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands.

Präsidenten berichtet dann zunächst über die Erfahrungen der österreichischen Kollegen über die Arbeitslosenunterstützung. Der österreichische Schneiderverband habe diese im Jahre 1901 eingeführt, und zwar zunächst provisorisch.

Arbeitslosenunterstützung in Ungarn.

Der ungarische Arbeiterverband berichtet über die Erfahrungen mit der Arbeitslosenunterstützung in Ungarn.

Arbeitslosenunterstützung in England.

Der englische Arbeiterverband berichtet über die Erfahrungen mit der Arbeitslosenunterstützung in England.

Arbeitslosenunterstützung in Belgien.

Der belgische Arbeiterverband berichtet über die Erfahrungen mit der Arbeitslosenunterstützung in Belgien.

Arbeitslosenunterstützung in Frankreich.

Der französische Arbeiterverband berichtet über die Erfahrungen mit der Arbeitslosenunterstützung in Frankreich.

Arbeitslosenunterstützung in Italien.

Der italienische Arbeiterverband berichtet über die Erfahrungen mit der Arbeitslosenunterstützung in Italien.

Arbeitslosenunterstützung in Spanien.

Der spanische Arbeiterverband berichtet über die Erfahrungen mit der Arbeitslosenunterstützung in Spanien.

Arbeitslosenunterstützung in Portugal.

Der portugiesische Arbeiterverband berichtet über die Erfahrungen mit der Arbeitslosenunterstützung in Portugal.

Der portugiesische Arbeiterverband berichtet über die Erfahrungen mit der Arbeitslosenunterstützung in Portugal.

Stärkerinnen, Hand- und Maschinenplätzerinnen usw. Sämtliche in Betracht kommenden Filialvereinigungen sind verpflichtet, unten täglich eine Anzahl Kollegen und — soweit die Möglichkeit vorhanden — Kolleginnen mit diesen Arbeiten zu betrauen und das in getrenntem Material dem Hauptverband zuzuführen.

Parteilangelegenheiten.

Zur Budgetfrage. Die Münchener Post brachte folgende Zuschrift aus der bayrischen Landtagsfraktion:

Der Vorwärts scheint sich vorzustellen, daß die scheidende sächsische Abgeordneten-Konferenz — über die er auch nicht eine richtige Mitteilung macht — etwas ganz Neues sei.

Die sächsische Abgeordneten-Konferenz.

Die sächsische Abgeordneten-Konferenz hat am 27. Juni auf 30 084 gestiegen. Das sind 2,9 Prozent der Mitglieder, ein Prozentfuß, der seit dem Jahre 1903 nicht wieder so hoch war.

Die sächsische Abgeordneten-Konferenz.

Die sächsische Abgeordneten-Konferenz hat am 27. Juni auf 30 084 gestiegen. Das sind 2,9 Prozent der Mitglieder, ein Prozentfuß, der seit dem Jahre 1903 nicht wieder so hoch war.

Die sächsische Abgeordneten-Konferenz.

Die sächsische Abgeordneten-Konferenz hat am 27. Juni auf 30 084 gestiegen. Das sind 2,9 Prozent der Mitglieder, ein Prozentfuß, der seit dem Jahre 1903 nicht wieder so hoch war.

Die sächsische Abgeordneten-Konferenz.

Die sächsische Abgeordneten-Konferenz hat am 27. Juni auf 30 084 gestiegen. Das sind 2,9 Prozent der Mitglieder, ein Prozentfuß, der seit dem Jahre 1903 nicht wieder so hoch war.

Die sächsische Abgeordneten-Konferenz.

Die sächsische Abgeordneten-Konferenz hat am 27. Juni auf 30 084 gestiegen. Das sind 2,9 Prozent der Mitglieder, ein Prozentfuß, der seit dem Jahre 1903 nicht wieder so hoch war.

Die sächsische Abgeordneten-Konferenz.

Die sächsische Abgeordneten-Konferenz hat am 27. Juni auf 30 084 gestiegen. Das sind 2,9 Prozent der Mitglieder, ein Prozentfuß, der seit dem Jahre 1903 nicht wieder so hoch war.

Die sächsische Abgeordneten-Konferenz.

Die sächsische Abgeordneten-Konferenz hat am 27. Juni auf 30 084 gestiegen. Das sind 2,9 Prozent der Mitglieder, ein Prozentfuß, der seit dem Jahre 1903 nicht wieder so hoch war.

Die sächsische Abgeordneten-Konferenz.

Die sächsische Abgeordneten-Konferenz hat am 27. Juni auf 30 084 gestiegen. Das sind 2,9 Prozent der Mitglieder, ein Prozentfuß, der seit dem Jahre 1903 nicht wieder so hoch war.